

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Kassenprediger: Am 1. Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonntagabend, den 12. Juni 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Sachsen

#### in neuer Gloriole als Klassenstaat.

Der „Vorwärts“ hat bereits letzten Herbst wiederholt und nachdrücklich Stellung dazu genommen, daß zahlreiche sächsische Gemeinden, unter dem Namen einer sogenannten Umsatzsteuer, den Konsumvereinen zu Leibe gehen wollten, die einem großen Theil des Krämerthums eine verhaßte Einrichtung sind. Der Feldzug wurde unternommen unter der Firma: Schutz dem Mittelstande. Allerdings sollte diese sogenannte Umsatzsteuer auch kapitalistische Großbetriebe und deren Filialen treffen, die im Detailgeschäft Lebensmittel, Genussmittel, Bekleidungsgegenstände und ähnliche dem täglichen Verbrauch dienende Artikel verkaufen.

Thatsächlich vertreibt das ganze kaufmännische Detailgeschäft nur Artikel für den täglichen Gebrauch und so könnte eine Spezial-Besteuerung aller Betriebe eintreten, die tägliche Bedarfsartikel vertreiben, sobald sie durch kapitalistische Großbetriebe, Konsumvereine etc. vertrieben werden.

In der Praxis gestaltete sich aber die Sache so, daß, so weit die Gemeinden Umsatzsteuern einzuführen beschloßen sie sich nur gegen die von Arbeitern gearbäteten Konsumvereine richteten, weder die Offiziers- und Beamten-Konsumvereine trafen, noch die großkapitalistisch betriebenen Detailgeschäfte und Waarenbörsen etc.

Damit trat der Klassencharakter dieser Maßregel in gefährlichster Form zu Tage.

Eine solche Steuererhebung ist aber zweifellos ungesetzlich. Sie widerspricht dem Landes- wie dem Reichsrecht, insbesondere der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Wohl läßt die Ziffer 6 des § 7 der Gewerbe-Ordnung auch eine Besteuerung der Gewerbe zu im Interesse der Gemeinden. Aber niemals kann die Gemeinde eine Steuer einführen, die nur einen Theil einer bestimmten Kategorie von Gewerbetreibenden zum Nutzen des anderen Theils trifft. Wird z. B. eine besondere Gemeindesteuer für den Handel mit Kolonialwaaren eingeführt, so muß diese Steuer alle Kolonialwaarenhändler treffen, sie kann nicht einem bestimmten Theil derselben nur auferlegt werden. Das gilt zum Beispiel auch von der Schankbetriebssteuer, die vielfach existirt und die man zu gunsten der in Sachsen geplanten Umsatzsteuer ins Feld zu führen versuchte. Der Vergleich ist unzutreffend. Die Schankbetriebssteuer trifft alle Wirthe ohne Ausnahme, wenn auch verschieden hoch nach Größe ihres Betriebes, sie kann also als eine Ergänzungssteuer zur Einkommensteuer angesehen werden, die einem bestimmten Gewerbebetrieb auferlegt wird.

Die in Sachsen geplante Umsatzsteuer ist dagegen eine Sondersteuer, ein Wort, das der sächsische Bundeskommissar Dr. Fischer bei Gelegenheit der von unserer Fraktion gestellten Interpellation im Reichstag, am 26. November vorigen Jahres gebrauchte, ohne sich wohl über die Tragweite dieses Wortes ganz klar zu sein. Das heißt, eine Steuer, die nur einzelne beliebig herausgegriffene Betriebe aus einer Reihe gleichartiger Betriebe trifft und somit ungerichtet und parteiisch wirkt.

Als die erwähnte Interpellation im Reichstage erörtert wurde, erklärte der sächsische Bundeskommissar, daß eine Umsatzsteuer nur insoweit gerechtfertigt sei, als sie die betreffenden Betriebe nicht existenzunfähig mache. Das ist eine ganz willkürliche Annahme und eine willkürliche Auslegung der gesetzlichen Vollmacht. Der Zweck der Steuer zeigt auch, daß ein Gewaltakt damit beabsichtigt ist. Man will durch die Steuer gewisse Betriebe lebensfähig erhalten und andere gleichartige Betriebe auf die Grenze der Lebensfähigkeit herabdrücken.

Das widerspricht den einfachsten Grundsätzen der Gerechtigkeit, die doch auch für eine Regierung existiren sollen, und hebt das gleiche Recht auf, das die Reichs-Gewerbe-Ordnung für alle Betriebe einer bestimmten Kategorie gleichmäßig gewährt.

Die preussische Regierung hat von diesen Gesichtspunkten aus ähnlichen, aus der Mitte des Landtags an sie gestellten Verlangen widerstanden, wie aus den Erklärungen hervorgeht, die der Generalsteuerrichter Burchardt in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. Juni 1896 abgab, und ähnlich in der Kommission über den bezüglichen Antrag v. Brodhanen abgegeben hatte. Auch die bayerische Regierung hat bis jetzt einem gleichen Verlangen ihres Landtages widerstanden, wenigstens sind bisher keinerlei Maßregeln ähnlicher Art wie die sächsische Umsatzsteuer angeregt worden, man hat nicht einmal gehört, daß solche Maßregeln geplant seien.

Nach den Erklärungen des sächsischen Kommissars am 26. November v. J. im Reichstag hatte es den Anschein, als werde die sächsische Regierung sich die Angelegenheit noch einmal recht gründlich überlegen und wahrscheinlich Abstand nehmen von der verlangten Maßregel. Lange kam sie auch zu keinem Entschluß und erfuhr deshalb eine Fluth von Angriffen aus den geärgerten Krämerkreisen. Aber schließlich konnte ihr kleinbürgerliches Herz nicht mehr widerstehen; ihr Gang zu allem, was rücksichtslos und arbeitervindlich ist, gewann die Oberhand, sie entschied sich für die Umsatzsteuer.

An den Stadtrath zu Werdau ist neuerdings eine Ver-  
 ordnung des Ministeriums des Innern ergangen, deren In-

halt wir letzter Tage schon kurz wiedergaben und in der es unter anderem heißt:

„Noch ist für den Begriff eines bei der geplanten Besteuerung in betracht kommenden Gewerbebetriebes im allgemeinen die Größe und sonstige Bedeutung des Geschäftsbetriebs als ausschlaggebendes Moment anzusehen, dabei aber im Hinblick auf die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse nicht überall ein gleicher Maßstab anzuwenden, vielmehr für jede Gemeinde besonders zu erwägen und regulativmäßig festzusetzen, welcher Geschäftsumfang — nach dem Umsatz oder sonstigen Merkmalen bemessen — für die Annahme eines Großbetriebes vorauszusetzen ist. Auch bei der sogenannten Umsatzsteuer soll sowohl nach Form und Art der Besteuerung als betreffend der Waarengattungen, die der Sondersteuer unterworfen werden sollen, das weitere der eigenen Entscheidung der Gemeinden unter Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse überlassen bleiben. Es soll jedoch dabei nicht außer acht gelassen werden, daß die bei den letzten Landtags-Verhandlungen zum Ausdruck gekommene Meinung darauf gerichtet war, eine Sonderbesteuerung nur derjenigen Filialen und Großbetriebe zuzulassen, welche, im Detailgeschäft Lebensmittel, Genussmittel, Bekleidungsgegenstände und ähnliche, dem täglichen Verbrauch dienende Artikel verkaufen.“

Das Krämerthum hat also gesiegt. In Konsequenz dieses Standpunktes können künftig die Droschkenkutscher verlangen, daß sie durch eine Umsatzsteuer von der vernichtenden Konkurrenz der Pferdebahnen geschützt werden, oder können Klempner, Schlosser etc. verlangen, daß die ihnen tödliche Konkurrenz verursachenden Fabriken durch Sondersteuern gebührend lahm gelegt werden.

Allerdings handelt es sich hier nicht, wie bei den Konsumvereinen, um Arbeiterunternehmungen, was der Sache ein wesentlich anderes Gesicht gibt.

Der Schritt der sächsischen Regierung ist, ganz abgesehen davon, wie hoch sie die sogenannte Umsatzsteuer im Maximum bemacht, ein ungesetzlicher Schritt. Der Charakter dieser Umsatzsteuer qualifizirt sich nicht als „Gewerbesteuer“, sondern als „Sonder-“, als Ausnahmesteuer, und, da Gefahr besteht, daß das Vorgehen der sächsischen Regierung auch von anderen Regierungen nachgeahmt wird, so ist notwendig, daß sich der Reichstag abermals mit dieser Frage befaßt, und zwar diesmal nicht in Form einer Interpellation, sondern eines Antrages, der das Vorgehen der sächsischen Regierung gebührend qualifizirt. Doch empfiehlt es sich, mit einem solchen Antrage bis zur Vertheilung zu warten, um, an der Hand der Beschlüsse der Gemeinden, auf Grund der Ministerialverordnung, mit weiterem Material bewaffnet, vorgehen zu können.

Die sächsische Regierung wird immer mehr die Vamertträgerin der Reaktion im Reich. „Kreuz-Zeitung“ und Junkerthum jenseits schon seit langem nach sächsischen Zuständen in Preußen. Dieser neueste Schritt der sächsischen Regierung in der Mittelstandskategorie wird nicht nur ungetheilten Beifall der Junker und Junkerengenossen finden, er wird ihre Sehnsucht nach sächsischen Zuständen noch erhöhen.

Klar ist aber auch, daß mit diesem Akt der sächsischen Regierung ein neuer Schlag gegen die Reichseinheit geführt wird. Nach der Reichsverfassung geht Reichsrecht vor Landesrecht, in der Praxis geht einzelstaatliche Regierungspraxis vor dem Reichsrecht. Das werden auf die Dauer unhaltbare Zustände.

Wie sich der Schritt des sächsischen Ministeriums des Innern in der Praxis gestalten wird, dafür folgendes:

Ein Konsumverein, der 10 000 M. Kapital besitzt und von 100 000 M. Jahresumsatz an Waaren 10 pCt. Dividende gewährt, hat außer 300 M. Einkommensteuer an den Staat und etwa der gleichen Summe an die Gemeinde noch 2000 M. Umsatzsteuer zu bezahlen, falls diese auf 2 pCt. festgesetzt wird. Er zahlt also, abgesehen von der regulären Einkommensteuer von 3 pCt., noch 20 pCt. vom Einkommen, in Summa 23 pCt. Würde eine gleich hohe Steuer auch von dem Einkommen der Privatpersonen bezogen, diese Bourgeois erklärten dies für einen Raub an ihrem Einkommen, für eine unqualifizirbare Unverschämtheit der Gemeinde oder des Staats, und wie die Titel alle lauteten, die sie Staats- und Gemeindebehörden an den Kopf werfen würden. Eine solche Steuer, von Staats wegen allgemein eingeführt, bedeutete eine bürgerliche Revolution.

Als seinerzeit Herr Wiquel die Vermögenssteuer in Preußen einführen mit ca. 50 Pf. von je 1000 Mark Vermögen, drohte die „Kölnische Zeitung“: das Bürgerthum werde seine monarchische Bestimmung revidiren. Vier Prozent Einkommensteuer von einem Jahreseinkommen über 100 000 Mark erscheint diesen Bourgeois als eine unerhörte Last. Aber einem aus armen Arbeitern bestehenden Konsumverein nimmt man kalten Blutes 20 und mehr Prozent ab, weil Schmarogergewissen unter der Konkurrenz dieser Arbeiter-Konsumvereine leiden.

Das tollste aber ist, daß derselbe Staat, der solche Maßregeln gegen die Arbeiter-Konsumvereine duldet, 2 1/2 Millionen zu 2 1/2 pCt. an die bürgerlichen Genossenschaften aus der Staatskasse als Darlehen gewährt, damit diese möglichst gut prosperiren.

Staatshilfe für den Bauer — der in Sachsen meist in guten oder leidlichen Verhältnissen sich befindet — und die zehnfach angezogene Steuerstrafe für den Arbeiter.

Wahrlich, schroffer kann der Klassencharakter des Staates nicht in die Augen springen. Wer ihn da noch nicht sieht, bleibt ewig blind.

### Vom Vereinsgesetz.

Der Gothaer Landtag nahm einstimmig den Antrag an, daß der Bundesrath Bevollmächtigte für Koburg-Gotha im Bundesrath für das Vereins-Gesetz stimmen solle.

Bei der Landtags-Wahl in Westpreußen (Verenb. Pr. Stargard-Dirschau) am 9. Juni, wo ein Freikonservativer gegen einen Polen stand, fehlten bei der Abstimmung vier deutsche Wahlmänner. Man nimmt an, daß dieselben sich deshalb der Stimmabgabe enthielten, weil sie fürchteten, Herr Krudt (der freikonservative Kandidat) werde für die Vereinsgesetz-Novelle der Regierung stimmen, was bei der geringen Mehrheit der Deputirten im Abgeordnetenhaus möglicherweise für das Schicksal dieser sehr bedeutenden Vorlage entscheidend sein könnte. Der Pols wurde infolge dessen mit einer Stimme Majorität gewählt. Recht so!

Kölnisch. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ läßt folgende Ausführungen vom Stapel:

„In den breiten Massen der Wähler findet das Verlangen der Staatsgewalt nach verstärkten Nachmitteln, um der Ausbeutung des Vereins- und Versammlungsrechts zu umfänglicheren Zwecken wirksam entgegenzutreten zu können, Verständnis und Zustimmung... Infolge der parlamentarischen Ferien ist den Volkvertretern Gelegenheit geboten, mit ihren Wählern in unmittelbarer Verbindung zu kommen. So mancher dürfte da von den Stimmungen und Urtheilen im Lande draußen ein wesentlich anderes Bild empfangen, als er sich während des parlamentarischen Meinungskampfes unter dem treibenden Einflusse vermeintlicher Fraktion-Interessen zurechtgemacht hat. Bei Ausnützung der kommenden Wochen zu gründlicher Information seitens der Abgeordneten ist die Hoffnung auf eine andere Gestaltung der Novelle noch keineswegs ausgeschlossen.“

Zwei Worte genügen als Antwort auf dies Geschwätz: Wiesbaden — Königsberg!

Und wie denkt die samose „Nordd. Allg. Ztg.“ über folgendes? Der nationalliberale „Rein. Cour.“, welcher in Wiesbaden für den Nationalliberalen Wahltag unentgeltlich eingetreten ist, schreibt jetzt nach der Wahl in Berlin, die der Reichstagswahl an einem Zwischenfall nicht fehlte, der den Nationalliberalen großen Abtrag gethan hat: „Wir meinen den großen Irrthum, den nach vielseitiger Meinung die nationalliberale Landtagsfraktion beging, indem sie die Novelle zum Vereinsgesetz im Abgeordnetenhaus nicht kurzer Hand abwickelte, sondern auf die lange Bank der Verfassungsänderungen und Herrenhaus-Korrekturen schob. Für den Augenblick und für unseren Wahlkreis läßt sich die Folge dieses Vorgehens deutlich erkennen.“

### Politische Ueberfluth.

Berlin, 11. Juni.

Glänzend über alles Erwarten, im ersten Ansturm haben wir den Sieg in Königsberg errungen.

Drei Parteien machten uns den Sieg streitig. Zu den Nationalliberalen und freisinnigen Volksparteilern gesellten sich die Liebermann'schen deutsch-sozialen Antisemiten als neue Partei auf dem Kampffeld, aufstretend, wie ihre Gewohnheit, mit großen Worten und beräuberndem Lärm. Aber ihr Prahlklang gieng am Ohr der Königsberger Arbeiter-Klasse vorbei, ebenso wie der Schein-Radikalismus der Volkspartei und die nationalliberalen Lodgesänge.

Alle bürgerlichen Parteien erlitten schwere Verluste. Die freisinnige Volkspartei gieng von 5952 auf 5008 Stimmen zurück. Die Nationalliberalen — trotz ihres günstigen Kandidaten, des Rechts-Bekämpfers Dr. Krause — gingen schier völlig ein; sie sanken von 7296 auf 4049 Stimmen. Der Reformpartei erbielt 2180 Stimmen. Spannt man auch den Nationalliberalen mit den konservativ-antisemitischen Reformern zusammen, so ergibt sich immer noch eine Abnahme um weit mehr als 1000 Stimmen.

Nur die Sozialdemokratie gieng nicht rückwärts, sondern vorwärts. Von 10 968 Stimmen erhob sie sich auf 11 917 Stimmen.

Ende der 70er Jahre hatte unsere Partei in Königsberg erst 1108 Stimmen, 1881 nur 248 Stimmen. Von 1884 begann der Aufschwung, wir erhielten bei der Wahl in diesem Jahre 4351 Stimmen, wir kamen schon in die Stichwahl, die aber aussichtslos war. Bei der Herbstwahl 1887 erhielten wir 7987 Stimmen, wir waren die stärkste Partei geworden; die nationalliberale Partei hatte 7408, die Fortschrittler 6427 Stimmen; in der Stichwahl blieben wir um mehr als 2000 Stimmen hinter dem Nationalliberalen zurück. 1890 siegten wir zum ersten Male, unser Schülze zog in den Reichstag ein. Aber 1890 wie 1893 bedurfte es der Stichwahl, bedurfte es freunden Zuzugs. Jetzt bedürfen wir keinerlei Stütze mehr, jetzt stehen wir der Gesamtheit aller anderen Parteien überlegen, siegreich gegenüber.

Wahrlich eine große Entwicklung! Und die Zukunft wird vollenden, was die Vergangenheit begonnen! —

Marinenthusiasten und Kolonialliebhaber lärmten im ganzen Lande herum. In Leipzig tagt der „Alten deutsche Verband“, wo der nationalliberale Professor Hoffe und der Antisemitenhüpfel Zimmermann um die Beize in „Patriotismus“ schwelgen. In München list die Deutsche Kolonialgesellschaft und dort flammende Reden für „Deutschlands Größe“ auf dem Erdennuß, für „starke Flotten“ und „mächtige Kolonien“. Man redet sich ein

und sucht dem Volke einzureden, daß man hochherrliche Ziele verfolgen, daß man die Zukunft Deutschlands sichern und fördern.  
Und Tirpitz ist schon in Berlin. Er soll nicht einmal auf Urlaub gehen, er soll arbeiten und fleißig sein. Denn es gibt viel zu thun. Der nächstjährige Marine-Stat soll von besonderer Bedeutung sein. Dieser Stat muß vorbereitet werden und Michels muß bearbeitet werden, auf daß im nächsten Herbst viele neue Panzerschiffe, Kreuzer und Torpedos bewilligt werden.

Aber läßt sich Michels so leicht bearbeiten? Läßt er sich vom Korrespondenten der Aldeutschen und Kolonialgesellschaft zum Tirpitz befehlen?

Wiesbaden und Königsberg — das ist das Omen. Königsberg, die Seestadt, wo das meiste „Verständnis für Marinefragen“ herrschen soll, hat Herr Tirpitz den rechten Empfang auf deutscher Erde bereitet! —

Aus Mittelasien kommt unerwartet eine Nachricht von höchster Wichtigkeit:

Simsa, 11. Juni. (Meldung des „Reuter'schen Bureau's“.) Eine Abteilung indischer Truppen von dreihundert Mann mit zwei Geschützen, welche dem englischen politischen Kommissar Goe zur Bedeckung diente, wurde im Thale des Flusses Tschir nahe der afghanischen Grenze während der Mittagsruhe in verrätherischer Weise angegriffen. Dabei wurden drei englische Offiziere, darunter ein Oberst und 25 Mann getödtet, und ebenso viel Offiziere und Mannschaften verwundet.

Afghanistan und das Nachbargebiet ist den Engländern schon oft verderblich gewesen. Dort am Thore Indiens wohnen noch unbezwingene Völkerstämme, und Afghanistan selbst ist seit Jahrzehnten das Kampffeld russischen und englischen Einflusses. Vom „Dach der Welt“, wie der Hinduismus mit seinen riesigen Bergen und wilden Schluchten von den Eingeborenen genannt wird, ist schon manche Lawine verheerend auf die Engländer niedergebrollt und erst vor wenigen Jahren hatten sie in Tschitral einen gefährlichen Aufstand zu dämpfen. Damals mußten sie den überwindenden Stämmen noch eine gewisse Unabhängigkeit lassen; der jetzige Aufstand — denn um einen solchen handelt es sich offenbar — scheint mit dem damaligen zusammenzuhängen. Doch wir müssen weitere Berichte abwarten. Die Frage ist: haben wir es mit einem spontanen Ausbruch zu thun, oder steckt Rußland dahinter? Im ersteren Fall würden die Engländer bald durch eine Strafexpedition ihr Ansehen wieder hergestellt haben. Im anderen Falle wäre die Sache allerdings sehr ernst.

Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß das Zentrum der Orientfrage in Mittelasien ist, und die beiden Flügel auf der Balkan-Halbinsel mit Kleinasien und in China-Japan. Auf dem Kleinasien-europäischen Flügel scheint jetzt Ruhe eintreten zu wollen — desto kritischer wird die Lage in Mittel- und Ostasien werden; der meiste Hindnistoff aber ist in Mittelasien aufgehäuft, wo Rußland seit Jahrzehnten an den Thoren Indiens rüttelt, und dieses Fundament des britischen Weltreiches emsig zu unterwühlen bemüht ist.

Die Friedensverhandlungen. Nach einem Konstantinopeler Telegramm der „Morning Post“ vom 9. Juni glaubt man, Zewil Pascha werde in der nächsten Sitzung der Friedens-Unterhändler folgende Zusatzeinreden vorlegen: Die Türkei beläßt den Griechen Thessalien mit Ausnahme des Bezirks nördlich vom Peneos; sie stimmt den Kapitulationen im Prinzip zu, verlangt aber die Ernennung von Experten zur Erwägung dieser Frage und willigt ferner ein in eine Prüfung der Finanzlage Griechenlands auf die Fähigkeit hin, eine angemessene Kriegsschadung zu zahlen.

In Konstantinopel treten noch kriegerische Strömungen hervor. In den Stambul-Moscheen wurden Plakate, welche die Fortsetzung des Krieges verlangen, angebracht.

Das griechische Finanzministerium hat die Hilfsquellen Griechenlands einer Prüfung unterzogen, welche als Grundlage für die Zahlung der Kriegsschadung dienen wird. Das Ergebnis wurde dem englischen Finanzattaché Voys in Konstantinopel mitgeteilt, den der Botschafter Currie dringend aufzufordern sollte, Ermittlungen über die Finanzlage Griechenlands anzustellen. Diese Nachricht und diejenige von der Ernennung einer Militärkommission zur Regelung der Grenzfrage werden als dem Abschlusse des Friedens günstige Anzeichen betrachtet.

Zerner erzählt der „Standard“ aus Athen, bei der griechischen Regierung seien bestrebende Nachrichten von dem Verlauf der Friedensverhandlungen eingelaufen. Es heißt, die Mächte seien darin einig, keinen Punkt Landes an die Türken abzutreten; dergleichen hätten dieselben sich einstimmig für eine sofortige Klärung Thessaliens ausgesprochen. Die von der Türkei verlangte Kriegskostenentschädigung von sechs Millionen Pfund wollen die Mächte auf vier Millionen Pfund herunterdrücken.

Aus Kanea wird gemeldet: Die Insurgenten von Kreta hätten dem Admiral Canerato einen Besuch ab, wobei dieser ihnen den Rath ertheilte, sie möchten ihre Freunde in Griechenland warnen, nach Kreta zu kommen. Die Insurgenten baten den Admiral um die Erlaubnis, ein Schiff mit Lebensmitteln nach Kreta kommen zu lassen, welches Gesuch der Admiral gewährte. Das Schiff wird in der Endabang zugelassen.

### Deutsches Reich.

Die Abrechnung! Der Zug nach links, so schreibt die „Freiwillige Zeitung“, hat sich in der Königsberger Erwählung wieder bestätigt. „Meine Herren“, so sagte Minister v. B. Rede bei der Verhandlung über die Novelle zum Vereinsgesetz im Abgeordnetenhaus, die Bevölkerung würde auch eine Abrechnung der Vorschläge der königlichen Staatsregierung nicht nur nicht verheben, sondern sie wird — dessen bin ich sicher — zu gelegener Zeit auch dieserhalb Abrechnung halten.“ Nun, seitdem haben zwei Reichstags-Erwählungen, in Wiesbaden und in Königsberg, stattgefunden. Wie ist die Abrechnung ausgefallen? Nicht eine einzige Stimme ist im Sinne der Novelle der königlichen Staatsregierung oder auch nur der konservativen Vorschläge zu derselben abgegeben worden, aus dem einfachen Grunde nicht, weil man überhaupt garnicht gewagt hat, einen Anhänger dieser Einschränkungen des Vereinsrechts als Kandidaten aufzustellen. Der nationalliberale Kandidat in Königsberg, Landtags-Abgeordneter Krause, ist von der konservativen „Chrenk'schen“ in Königsberg noch unmittelbar vor der Wahl charakterisiert worden als ein Mann, der „in Berlin wie ein Barrakadenheld gegen das Vereinsgesetz gedonnert habe“. Auch in Wiesbaden hat der Kandidat der Nationalliberalen und konservativen Parikien sich nicht zum Vereinsgesetz bekannt, der antisemitische Kandidat Störmer in Königsberg erst recht nicht. Die „Abrechnung“ ist also ausnahmslos zu gunsten der Gegner der Vereinsgesetz-Novelle ausgefallen.

Den Börseanern geht's an den Kragen. Der Berliner Polizeipräsident von Windheim hat heute an den Vorstand des Vereins der Berliner Getreide- und Produzentenhändler die folgende Verfügung erlassen:

Die dem Vorstande des Vereins der Berliner Getreide- und Produzentenhändler in dem Erlasse des Herrn Oberpräsidenten vom 11. Mai dieses Jahres mitgeteilt worden ist, tragen die von dem Vereine in dem Herrn Vorkauf regelmäßig, werktäglich, zur Vorseitzeit veranstalteten Versammlungen den Charakter einer Börse und bedürfen deshalb gemäß § 1 des Reichs-

börsegesetzes vom 22. Juni 1896 der Genehmigung der Landesregierung.

Da eine solche Genehmigung weder ertheilt, noch nachgesucht worden ist, so untersage ich die Fortsetzung dieser nicht durch nichts erklären, als durch die sträflingste Sammelhaftigkeit in der persönlichen Agitation von Mann zu Mann und durch die unglückliche Gleichgültigkeit bei der Wahl selbst. Viele sollen gesagt haben: „es gibt ja doch Stichwahl, dann sind wir bei der Hand, für's Erste ist es nicht nötig.“ Eine solche Mißachtung des einzigen wirksamen staatsbürgerlichen Rechts, welches Arbeiter und kleine Leute noch besitzen, ist für sich bitter und lehrt den Stimmigen, daß auch die Siege der Sozialdemokratie sich nicht von selbst machen, daß das Fajubeln in Versammlungen, das Vertrauen auf den Ruf und die Redegewandtheit des Kandidaten und hervorragender Genossen sowie auf so viel Zehntausende von Flugblättern die fleißige, stille Arbeit der Privatagitation in Haus und Werkstatt nicht ersetzen. Daran hat es aber offenbar in Wiesbaden sehr gelehrt, ebenso wie die Verbreitung der Presse dort noch so viel zu wünschen übrig läßt.

Eine bittere Lehre — aber hoffentlich eine heilsame! Wir empfangen sie gerade noch zeitig genug, ein Jahr vor den allgemeinen Wahlen, um sie bis dahin gründlich zu beherzigen. Das kommende Jahr wird zeigen, ob die Wiesbadener Arbeiter den Ernst und die Kraft besitzen, sich eine framm-politische Organisation zu schaffen, um die Scharte von 1897 im Jahre 1908 auszuweihen.“

Ein antiagrarischer Graf und Gutbesitzer wird von der liberalen Presse weiblich ausgeschlachtet. Im landwirtschaftlichen Verein zu Rostock hielt der Ehrengraf Graf zur Lippe eine Rede über die agrarischen Forderungen. Er sagte u. a.:

„Es sei der Vorschlag gemacht worden, den Getreidehandel zu monopolisieren. Er müßte es ausdrücken, daß die Landwirthe, wenn sie alle ihre Produktionspreise von einem Zentner Roggen genau kennen würden, nicht zum Antrage Raths gekommen sein würden. Redner habe in den 18 Jahren, seitdem er sein Gut bewirtschaftete, in sorgsamster Weise Buch geführt und kenne die Produktionskosten seines Roggens ganz genau. Danach haben in diesen 18 Jahren die Produktionskosten im Durchschnitt 5,68 M. betragen, der durchschnittliche Preis des Marktes war 7,64 M. Redner habe also auf Grund dieser Buchführung pro Zentner Roggen einen Profit von 1,96 M. erzielt. Würde nach dem Antrage Raths der Roggenpreis mit 8 M. angenommen werden, so würde Redner dadurch 2,92 M., also durchschnittlich auf den Zentner 86 Pfennige mehr als bis jetzt profitirt haben. Redner wolle hervorheben, daß er auf dem Standpunkte eines entschiedenen Agrarierthums nicht stehe, unsere Aufgabe sei eine weitere. Wir müßten unsere Augen auf die gesammte Entwicklung des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft richten. Redner habe das Empfinden, daß wir ein Volk und nicht eine Partei sein müßten. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages verbreitete Redner sich über die Frage: Was können wir thun, um der Ungunst der Zeit entgegenzutreten? Das sei nur wenig, aber sehr wichtiges. Redner lege sehr bedeutenden Werth darauf, daß die jüngeren Landwirthe, welche kaufen, beachten, daß das Geld, welches sie als Bodenkapital aus der Hand geben wollen, den geringsten Zinsfuß gebe. Wir müssen mit dem Bodenkapital sehr sparsam umgehen. Wir dürfen nicht zu hohen Preisen die Hufen kaufen und nicht zu hohen Preisen in die Pachtung eintreten, denn sonst kommen wir schließlich dahin, wohin Irland leider jetzt schon gekommen sei. Das Kapital, welches wir in den Boden legen, rentirt naturgemäß am niedrigsten, weil es am sichersten sei.“

Das ist alles recht schön und nett und manches nicht ganz falsch. Aber einen Werth für die Beurtheilung der Lage der Landwirtschaft hat es fast gar nicht. Weil Herr zur Lippe vielleicht unter günstigen Verhältnissen rentabel gewirtschaftet hat, daraus braucht dieser Erfolg keineswegs allen Landwirthen erreichbar sein, die unter den verschiedensten anderen Bedingungen ihren Bestiz bewirtschaften.

Es wäre sehr thöricht, sich mit solchen Einzelbeobachtungen über die große Frage der Agrarkrisis hinwegsetzen zu wollen.

— Gewerbe-Inspektion und Polizei. Das „Hamb. Echo“ theilt mit, die Polizei in Hamburg bringe darauf, daß ihr und nicht der Gewerbe-Inspektion die vom 1. Juli an beginnende Aufsicht über die Werksstätten der Kleider- und Wäscheherstellung übertragen werde. Die Hamburger Polizei will sich auch dieses Gebiet aneignen, wie sie sich vor einem Jahre die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der Schneiderverordnung angeeignet hat. Was die Polizei, sagt das „Hamb. Echo“, dazu veranlaßt, in solcher Weise die Aufstellung der Gewerbe-Aufsicht zu verhindern, ist uns vorläufig noch unverständlich. Jedemfalls aber verdient diese Praxis die schärfste Zurückweisung; sie widerspricht geradezu der Bestimmung im § 189b der Gewerbe-Ordnung, wonach die Aufsicht mindestens neben den ordentlichen Polizeibehörden den besonderen Aufsichtsbearbeitern zu übertragen ist.

Unser Hamburger Parteiorgan fordert daher die Behörde auf, das seither beobachtete und jetzt wieder drohende System der Theilung in der Gewerbe-Aufsicht vollständig aufzugeben und diese Aufsicht gänzlich den gemäß § 189b der Gewerbe-Ordnung berufenen Beamten zu überlassen, — und das umso mehr, als diese Beamten in Hamburg das wohlverdiente Vertrauen der Arbeiterschaft und aller anständigen Unternehmer genießen, während aus leicht erklärlichen Ursachen den inspektierenden Beamten der Polizei mancherlei Mißtrauen entgegengebracht wird. Freilich würde es dann nötig sein, das Personal der Gewerbe-Aufsicht entsprechend zu vermindern; es müßten noch örtliche Assistenten, Bureaubeamte u. angestellt werden. Für die zu dem Institut kommandirten Schutzleute wird die Polizeibehörde ja wohl andere Verwendung haben.

— Gefährliche. Die schlesische Landwirtschaftskammer klagt sehr über die Zunahme der Kontraktbrüche seitens des Bestandes und der ländlichen Arbeiter und empfiehlt dagegen nicht nur den Zusammenschluß der Landwirthe und die Aufschließung Kontraktbrücher von jeder Arbeitsgelegenheit, sondern wünscht auch, daß die Ortsbehörde öffentliche Ausrufe zur Angabe des Aufenthaltsortes kontraktbrüchiger Personen erlassen solle. Durch vermehrte Jagd auf die Landarbeiter sieht man sie in den Dienst zu setzen, der ihnen mehr und mehr überflüssig wird.

— Aus dem Leben der Sachengänger. Der in Glogau erscheinende „Niederschlesische Anzeiger“ berichtet über einen höchst peinlichen Vorgang, der sich am ersten Feiertage auf dem dortigen Bahnhofs abspielte. Galizische Arbeiter, sogenannte Sachengänger, hatten sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von dem Wit'argute Ottendorf im Kreise Spottau, wo sie in Arbeit gestanden, entfernt und waren zu Fuß über Spottau nach Glogau gekommen. Dieselben hatten bereits Fahrkarten gekauft, um mit dem 10 Uhr 44 Minuten nach Breslau abgehenden Zuge die Heimreise anzutreten, als der Aufseher des Gutes, der die Aufsicht über die polnischen Arbeiter führt, erschien und mit

Hilfe eines Polizeibeamten die Leute am Abfahren hinderte. Es entwickelten sich stürmische Szenen. Die Frauen weinten und wehklagten in herzerweichender Weise; ein polnisches Arbeitermädchen hatte sich in ein Kupee zweiter Klasse geschlüpft, wurde aber entdeckt und auf den Perron gebracht. Die Arbeiter klagten, daß sie auf dem Gute Ottendorf schlecht behandelt und ebenso schlecht verpflegt worden seien; deshalb wären sie kontraktbrüchig geworden und wollten nach Hause. Die Kneben, welche die den Flüchtlingen nachgesandten Gutsbeamten führten, waren nicht geeignet, den Glauben an die Berechtigung jener Klagen zu erschüttern. Dem Verlangen der Ottendorfer Gutsbeamten, die Arbeiter zu verhaften, wurde seitens der Glogauer Polizeiverwaltung nicht entsprochen, da kein Haftbefehl vorlag. So konnten die Arbeiter mit dem nachmittags 2 Uhr 50 Minuten nach Breslau gehenden Zuge ungehindert ihre Heimreise antreten.

— Duell oder Mord? Ein Zweikampf in Bonn, von dem wir schon kurz berichteten, verdient wegen seiner Nebenumstände besondere Beachtung. Das Duell fand statt zwischen zwei Assistenten an der chirurgischen Klinik, Dr. Reusing und Dr. Fischer. Ueber die Veranlassung erzählt man, wie die „Germania“ schreibt, ersterer habe letzterem vorgeworfen, durch seine Schuld sei eine Operation mißglückt. Ob dieses Vorwurfs ihm es zunächst zu einer Auseinandersetzung und dann zur Forderung. Ueber das weitere sind in Bonn die bestreblichsten Einzelheiten verbreitet. Danach war in dem vorübergehenden Ehrengericht Vorsitzender der Professor der Chirurgie Ebede. Unparteiischer beim Duell war ein Assistent- Arzt des Bonner Infanterieregiments; Sekundanten der außerordentliche Professor der Chirurgie Dr. Kieger und der Assistent an der Augenklinik Dr. Graf v. Büding. Dr. Reusing freckte den Dr. Fischer durch einen Schuß in die Brust sofort todt nieder. Der Belaidigte hat sein Leben eingebüßt — seine „Ehre“ ist aber „gerettet“, und das ist ja die Hauptsache! Ueber die Vorbereitung des Siegers wird erzählt, er habe sich wochenlang im Pistolen-schießen geübt, bis er es so weit gebracht hatte, daß er auf fünfzehn Schritte Entfernung — die Entfernung beim Duell — das Herz aus einer Spielkarte herauschoß! Noch mehr; um ganz sicher zu sein und durch nichts beim Duell erregt und in der Trefflichkeit gestört zu werden, mußten Freunde von ihm während dieser Uebungen die Duell-Kommandos rufen und gar Pistolen-schüsse dazwischen abgeben. Dr. Reusing hat durch diese Uebungen in einer auch für Juristen ungewöhnlichen Weise die Absicht kundgegeben, seinen Gegner zu tödten. Das ist vorbedachte Tödtung, von langer Hand vorbereiteter Mord!

Man kann gespannt sein, welches Urtheil das Gericht über diesen Menschen fällen wird.

— Die Konservativen wollen den Vahow abschütteln. Die „Konservative Korrespondenz“ sagt, die behaupteten Beziehungen zwischen v. Mantuffel und v. Vahow beruhen auf Erfindung, auch habe v. Vahow keinen Auftrag erhalten, Broschüren gegen Stöcker zu schreiben. Dagegen muß die „Konservative Korrespondenz“ selbst zugeben, daß das konservative Zentralfureau des Reichstages an auswärtige Wahlkomitees gewiesen hat, die nach rednerischen Kräften verlangten.

— In der Jahresversammlung des Verbandes deutscher Raiffeisen-Vereine, welche gestern in Berlin tagte, theilte der Generalanwalt Greiner mit, daß der Verband zur Zeit 2866 Genossenschaften umfaßt, die sich in 25 Verbandsbezirke und 132 Unterverbände gliedern. Die weitaus größte Zahl (2664) sind Spar- und Darlehnskassen, der Rest vertheilt sich auf Molkereien, Obstverwertungs-, Pferde- und Ferkelzucht-, Rohstoff-, Tabakverarbeitungs-, Spiritusverarbeitungs-, Ein- und Verkauf-, Konsum-, Brennerei-, Wohlfahrts-Genossenschaften, Bittvereine und eine Schlächtereivereinigung. Die Berichte der einzelnen Verbandsamtsleute deuteten durchweg das überraschend schnelle Anwachsen der Organisation und der Umsätze, wie auch das Entgegenkommen der Behörden. (Bei Arbeiter-Genossenschaften verfahren die Behörden ganz anders!) Der nächste Verbandstag soll 1899 zugleich mit dem 50jährigen Jubiläum der Gründung von Raiffeisen-Vereinen und der Enthüllung des Raiffeisen-Denkmal in der Rheinprovinz stattfinden.

— Heitere Wahlepisode. Bei der Königsberger Wahl bemühten sich auch die antisemitischen Deutsch-Sozialen. Sie ließen sich den Herrn J. Kraut holen, damit er die Sozialdemokratie vernichte. Die Königsberger Arbeiter aber erinnerten sich, als sie den Namen „J. Kraut“ lasen, sogleich jener Affäre im August 1891 in Spenge, wo der Pastor J. Kraut sich an die Spitze eines Trupps trunken gemachter Bauern stellte und in der rohesten Weise die zur Agitation aus der Stadt gekommenen Genossen mißhandelte, so daß sich eine größere Anzahl derselben nur schwer verletzt weggeschleppen konnte. Die Arbeiter Königsbergs empfinden es als eine Schmach, diesen Prügelhelden, der sich an ihren Genossen so vergangen hatte, in Königsberg sprechen zu lassen. Sie begaben sich zur Versammlung und verlangten bei Eröffnung derselben Bureauwahl. Das wurde nach antisemitischer Gewohnheit nicht gemährt, worauf die Arbeiter ihren Unwillen in so lauten Ausdrücken kundgaben, daß der Pastor gar nicht zum Worte kam. Ganz starr wurde er aber, als aus der Mitte der Versammlung auf einmal die mächtigen Akkorde der Marschmusik erklangen und ein Dreschflügel ihm als Emblem überreicht wurde. Da war es mit seinem Muth zu Ende, schleunig schwang sich der tapfere Prügelheld durch das Fenster in die Kolonnade, und bald entführte unter Hohnschreien und ironischen Hochs eine Droßke die Herren nach der Bürgerressource, wo sie vor ca. 150 Epischeren ihre Galle ausschütteten. So rächten die Königsberger Arbeiter ihre mißhandelten Genossen von Spenge.

— „Sozialdemokratische Rührigkeit“ wird in den Ordnungsdiktanden mit Hinblick auf die zahlreichen Kongresse der letzten Wochen bemerkt. „Auf allen Gebieten“ so sagt man, „sehen wir die Sozialdemokratie die größte Rührigkeit entfalten, und wenn auch hier und da Schläge zu verzeichnen sind, es läßt sich nicht bestreiten, daß es vorwärts geht. Das sollte den antisozialistischen Parteien ein Sporn sein, ihre Gegenagitation zu verdoppeln.“

— Thut's nur, wenn Ihr könnt! —

— Die württembergische Einkommensteuer-Reform beschäftigt seit gestern, Donnerstag, von neuem die zweite Kammer. Der vorliegende Kommissionsentwurf beruht auf einem Kompromiß der Parteien. Die Hauptpunkte desselben sind folgende:

Der Beginn der Steuerpflicht wurde auf der Höhe von 500 M. belassen (Preußen 900, Baden 500, Sachsen 400 M.). Eine Erleichterung soll in der Weise eintreten, daß bei der Einschätzung die Vertheilungen mit ein oder zwei Kindern um eine Stufe, diejenigen mit drei oder mehr Kindern um zwei Stufen niedriger gehalten werden sollen. Gleichzeitig soll die ungerichtet wirkende Wohnsteuer der Gemeinden aufgehoben oder wenigstens bis auf den Betrag von 1 M. ermäßigt werden. Durch die Herabsetzung des Einkommensminimums darf eine Beschränkung der staats- und gemeindebürgerlichen Wahlrechte nicht eintreten.

Den Rahmen des steuerbaren Einkommens hat die Kommission theilweise enger, theilweise weiter als der Entwurf gezogen. So dürfen außer den indirekten Abgaben auch die direkten Staatssteuern (ausgenommen die Einkommensteuer) abgezogen werden, während auf der andern Seite Lotteriegewinne als steuerbares Einkommen gelten sollen. Bedauerlich ist es, daß die Kommission bei der Abziehung der Geschäftskosten nicht noch den Schritt weiter gegangen ist, auch die Beiträge zur Kranken-, Unfall- u. s. w. Versicherung ebenfalls frei zu lassen, die doch schließlich auch nichts anderes als gesetzlich vorgeschriebene Geschäftskosten darstellen. Gegenüber den Konsumvereinen, die der Einkommensteuer unterliegen, wünschte das Zentrum auch die Herabsetzung der Dividenden der einzelnen Mitglieder; die übrigen Parteien haben aber diese Doppelbesteuerung abgelehnt.

Die Steuerprogression wird in folgenden Stufen vorgeschlagen:

500 M. Einkommen	Steuern	8 000 M. Einkommen	Steuern
2 000	18	10 000	350
3 000	42	20 000	820
4 000	80	50 000	2 500
5 000	124	100 000	5 300
6 000	164	200 000	12 000

Von 200 000 M. an ist die Höchstgrenze des Einkommens mit je 6 M. für 100 M. Einkommen erreicht. Die Ausläufe der Progression, bei denen die Progression schon bei 15 000 M. aufhört und der Höchstbetrag des Steuerjahres nur 4 pCt. betragen sollte, sind also wesentlich in die Höhe gezogen worden. Zum Vergleich möge beigefügt werden, daß z. B. in Preußen und Sachsen die Höchstgrenze 4 pCt. bei 100 000 M. beträgt, 6 pCt. haben nur Hamburg und Lübeck, und zwar bei 50 000 bzw. 100 000 M.; Baden hat für 200 000 M. nur 3 1/2 pCt. In der Kammer der Ständesherren wird diese Normierung sicher erheblichen Schwierigkeiten begegnen. —

**Schweiz.**

Der Nationalrath begann am Freitag die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Unfall- und Krankenversicherung. Im Namen der Kommission erstattete Comte (Neuenburg) und Joret (Zürich) Bericht.

**Frankreich.**

Paris, 10. Juni. Jaurès brachte einen Antrag auf Einschränkung der Bestimmungen über den Ausschluß Deputirter von den Sitzungen ein und führt aus, der Antrag solle die Deputirten gegen Vergewaltigungen durch die Majorität schützen. Redner verlangt die Dringlichkeit für seinen Antrag, dieselbe wird aber mit 370 gegen 110 Stimmen abgelehnt. Die Kammer geht hierauf die Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die Bank von Frankreich fort.

Paris, 11. Juni. Der Deputirte Kolroy brachte ein Amendement zum Budget für das Jahr 1898 ein, wonach der Staat Grundstücke und Bestellungen bis zum Betrage von 260 Millionen Francs verkaufen solle, welche zur Kostendeckung der projectirten Flottenvermehrung dienen sollen. Belletan wird einen Zusatzantrag zu dem Bankprivilegiumgesetz stellen; nach dem Antrag soll die Regierung im Falle einer feindlichen Invasion das Recht haben, die Baarbestände und die Druckplatten für die Banknoten der Bank von Frankreich in Anspruch zu nehmen. —

**Italien.**

Rom, 10. Juni. Der „Disseratore Romano“ veröffentlicht eine Note, welche die Weisung des Papstes einschärft, daß in Frankreich alle Katholiken unabhängig von dem, was sie theoretisch bevorzugen, die bestehende Regierungsform anerkennen und unter Benutzung der gesetzlichen Mittel die Gesetzgebung allmählich zu verbessern suchen. Der Papst richtet in dieser Beziehung seinen Mahnruf an alle unparteiischen Männer jeder Schattirung.

**Amerika.**

Das Schicksal der Auswanderer. Ueber das Schicksal eines großen Theils der Italiener, die nach den Vereinigten Staaten ausgewandert sind, bemerkenswerthe Enthüllungen von dem italienischen Amerikaner Cesare Morano gemacht worden, welche sich im neuesten Bulletin des Arbeiter-Departements von Washington finden und von einem römischen Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ bekannt gegeben werden. Dort wird mit schonungsloser Offenheit aller Schwindele, alle Ausbeutung und Auswucherung geschildert, denen die des Lebens und Schreibens unkundigen italienischen Arbeiter in den Vereinigten Staaten ausgesetzt sind. Der Morano führt schon seit Anfang der siebziger Jahre einen Kampf gegen die Ausbeuter, und vom 29. Juni 1874 ab, wo die Anwerbung italienischer Knaben, die als herumziehende Sängler verwendet werden sollten, gesetzlich verboten wurde, erließ der Kongreß auf seine Anregung eine ganze Reihe von Schutzgesetzen für die unglücklichen italienischen Analphabeten. Aber die Mißbräuche haben noch immer nicht aufgehört, da der Süden Italiens immer neue Opfer, von gewissenlosen Agenten angelockt, nach Amerika entsendet. Es ist unglücklich, was diesen naiven Kindern des Südens alles verprochen wird, frei Land, Goldminen, und dabei derartiger Verdienst, daß in wenigen Jahren Refusenierspinner gemacht werden können u. s. w. Die Reise nach den Vereinigten Staaten wird ihnen gratis gewährt. Draußen angekommen, werden sie von ihrem Agenten, der ein Landmann ist, nicht als Arbeiter verwendet, sondern als Truhgenossen, Bettler, solche Krüppel auf die Straßen geschickt. Sie bleiben natürlich von ihren Herren freis abhängig. Einwanderer, die Ersparnisse mitbringen, haben kein besseres Schicksal. Ohne Kenntniß der Landessprache und ohne die Kenntniß des Lebens und Schreibens bleibt ihnen natürlich nichts anderes übrig, als sich dem ersten besten italienischen Arbeitagenten, „padrone“ oder auch „boss“ genannt, anzuvertrauen. Von diesem Augenblicke an sind sie Sklaven; denn falls sie auch, wenn sie es vermöchten, sich dem padrone entziehen wollten, hält sie doch die Furcht vor der vendetta zurück; denn die lauderen Herren padrone bilden einen Ring, der mächtiger ist als manche camorra oder mafia im Heimathlande. Der padrone ist gewöhnlich ein italienischer Erbschneiter, der mit allen Eisenbahnen und Dampfschiffsgesellschaften, sowie mit den Copunternehmern, die Arbeiter suchen, in Verbindung steht. Kann er einmal nicht die bestellte Zahl Arbeiter liefern, so wendet er sich an „seinen“ Bankier, der natürlich auch Italiener ist, theilt ihm mit, wie viele Arbeiter gemischt werden, wie hoch der Lohn, wie lang die Arbeitszeit, und vor allem wie hoch die „bossatura“ d. h. die Prämie für die Vermittlung ist. Nun hilft ihm der Bankier, und die nötige Zahl von Arbeitskräften ist bald zusammengebracht. Die „bossatura“ schwankt gewöhnlich zwischen 5 und 50 Lire, und wird ihm Voraus und — im Geheimen bezahlt, weil der padrone weiß, daß seine Forderung ungefährlich ist. Außerdem löst sich der Herr auch das Eisenbahnbillett bis zur Arbeitsstätte freis voll bezahlen, obgleich er in den meisten Fällen größeren Rabatt erzielt hat. Natürlich ist der padrone auch Anhänger des Trugsystems. An den Arbeitsstätten unterhält er Läden, in denen „seine“ Arbeiter unter Androhung großer Geldstrafen alle ihre Waaren entnehmen müssen, ja sogar eine bestimmte Menge täglich entnehmen müssen. Abgesehen davon, daß die gelieferten Lebensmittel durchweg schlecht sind, werden sie auch noch zu Bucherpreisen losgeschlagen. Selbst die Preismarken werden doppelt angefordert; einen Brief schreiben zu lassen kostet 25 Centi u. s. w. Der padrone erhält zwar die Wohnungen der Arbeiter gratis, nichtskostweniger zahlen diese monatlich 1 bis 3 Dollars Miete; dazu kommen nun noch Beiträge für ärztliche Pflege, Unfallversicherung, ja sogar für die Lampe, die das Madonnenbild beleuchtet. Und ohne Murren trägt der arme Sklave die Pein; denn er weiß, daß der padrone ihn gar zu gern entlassen würde, bloß um eine neue Arbeitsprämie einzustechen zu können. Es geht schon die sprichwörtliche Anspruchlosigkeit italienischer Arbeiter dazu, wenn es trotz alledem manchmal noch gelingt, Ersparnisse zu machen. Aber selbst dies Glück hilft ihm nicht; denn der arbeitslose Winter zehrt ihm alles wieder auf. Dann macht sich ihm wieder der freundliche padrone und giebt ihm frei Quartier und Nahrung, falls er sich ihm wieder verschreibt auf's nächste Jahr. So besitzen manche padroni in Boston und Newyork große Untertunkhäuser, in denen die armen Arbeiter zusammengepfercht werden, zu je zwanzig bis dreißig auf ein Zimmer.

Es ist unter solchen Umständen ein Wunder, wenn die italienische Einwanderung in den Vereinigten Staaten nicht gerade gern gesehen wird? Ob man aber die Lehren, welche die Enthüllungen geben, auch in Italien selbst verstehen wird?

**Sechster österreichischer sozialdemokratischer Parteitag in Wien.**  
Wien, den 10. Juni 1897.  
Fünfter Verhandlungstag.  
Die Debatte wird über den Punkt Partei-Organisation fortgesetzt. Vor Eingehen in die Tagesordnung verliest

der Vorstehende Genosse Popp eine Erklärung des Genossen Job, der gegenüber einzelnen Mißverständnissen konstatiert, daß er kein Anhänger des historischen Staatsrechtes ist, sondern auf dem Boden des natürlichen Selbstbestimmungsrechtes eines jeden Volkes stehe.

Dr. Ellenbogen bepricht die Agrarfrage, die für uns schon wegen der Art unseres Wahlrechts von besonderer Wichtigkeit ist. Es geht nicht an, bei der Agitation bloß die Landarbeiter zu berücksichtigen, sondern man müsse auch unter Bauern agitieren. Diese Frage hat bei uns fast in jedem Lande einen anderen Charakter; sie muß daher zuerst wohl studirt werden. Zur Frage der nationalen Organisationen bemerkt Redner: Die bürgerliche Politik besteht darin, den nationalen Hader anzufachen, weil sie davon lebt. Wir aber müssen es uns zur Aufgabe machen, eine Form zu finden, die durch die Verhältnisse gegebene Separation wieder zusammenzubringen; dieses Mittel haben wir im Gesamt-Parteitag, der neben den nationalen Parteitag bestehen soll. Dagegen halte ich eine Trennung der Parteiververtretungen noch nicht für möglich.

Fischer-Schwehat wünscht eine Aufklärung, wie die Parteisteuer eingehoben werden soll; es möge eine Statistik über die Wahlergebnisse angelegt werden, damit die Agitation entsprechend eingerichtet werden könne.

Winarzky-Wien polemisiert gegen jene, die glauben, durch Annahme der Anträge der Parteiververtretung und der tschechischen Genossen würde die Gesamtorganisation leiden. Wir können uns den Thatsachen gegenüber nicht die Augen verbinden. Früher war es ja richtig, daß die Deutschen in erster Linie die Partei repräsentirten. Das hat sich geändert. Der Parteitag kann keine andere Haltung einnehmen, als den einzelnen nationalen Organisationen die größtmögliche Autonomie zu gewähren. Wo in den einzelnen Wahlkreisen gemischtsprachige Organisationen bestehen, mögen gemeinsame Komitees für die gemeinsamen Angelegenheiten geschaffen werden. Es möge auch für die Ausbildung von Agitatoren mehr geschehen als bisher.

Feigl-Wien bepricht die Erklärung der radikalen Aethenen und erklärt sich von ihr nicht ganz befriedigt. Eine Partei, die sich nicht offen sozialdemokratisch nennen kann, kann man nicht in die Partei aufnehmen. Wir dürfen dieser Partei aber andererseits keine Hindernisse in den Weg legen, damit man sie nicht in eine andere Richtung dränge. Die Abgeordneten sollen verpflichtet sein, am Parteitage zu erscheinen. Die Stellen der zwei Kontrolloren, die in Wien wohnen müssen, sollen jedes Jahr neue Leute einnehmen.

Schuster-Luz wünscht, daß sich die Parteiververtretung mit den Agrarverhältnissen beschäftige. An dem niedrigen Stande der Frauenorganisation sind unsere Genossen zum Theil selbst schuld, weil sie ihre Frauen nicht in die Frauenorganisationen schicken. Redner tritt für die Wahlkreisorganisation ein. Eine selbständige Organisation der einzelnen Nationen würde der Gesamtorganisation nur Nutzen bringen.

Zavertnik-Wien: Man kann unter den Bauern mit Erfolg agitieren, das beweisen unter anderem Krain und Ungarn. Bezüglich der nationalen Organisation stehe ich auf dem Standpunkte der tschechischen Genossen. Es geht nicht an, die Agitation von einem Centrum aus zu leiten, wo man die Sprache der Gegenden, in denen man agitiren soll, nicht versteht. Redner tritt dafür ein, daß in Triest ein Agitator angestellt werde. Wenn dort die italienische und slavische Bewegung stark sein wird, wird sich auch der nationale Kampf erheblich mildern.

Raditsky-Wien vertheidigt die tschechischen Genossen gegen den Vorwurf des Chauvinismus. Wir sind national, nur im Sinne des kommunistischen Manifestes. Es ist unmöglich, international zu arbeiten, wenn nicht zuvor nationale Organisationen bestehen. In diesem Mangel ist die alte Internationale zu Grunde gegangen. Es handelt sich jetzt darum, daß auch die Deutschen wie die anderen Nationen ihre selbständigen Parteitage abhalten. Redner begründet sodann den Antrag der tschechischen Organisationen. Die deutschen Genossen mögen auf diesem Parteitag ihr nationales Exekutivkomitee wählen, das im Verein mit dem Exekutivkomitee der anderen Nationen die Gesamtpartei-Vertretung bildet.

Dr. Diamand-Lemberg mißt der Erklärung des Dr. Jarosiewicz große Bedeutung bei. Während der letzten Wahlen hatte ich Gelegenheit, mit den ruthenischen Bauern in Verbindung zu kommen, und habe bei ihnen für unsere Ideen und für die Thätigkeit unserer Partei die größte Sympathie gefunden. Leider waren die ruthenischen Radikalen bisher den äußeren Einflüssen anderer ruthenischer Parteien unterworfen, so daß wir bei den Wahlen mit ihr nicht Hand in Hand gehen konnten. Das hat sich an uns beiden bitter gerührt und beiden mehrere Mandate gekostet. Gelingt es uns nun, mit ihnen zusammen zu arbeiten, so wird das für die ganze Partei von größter Bedeutung sein. Zur gestrigen „Zwischendebatte“ habe ich noch folgendes zu bemerken: Wir sozialistischen Delegirten vertreten eine Reihe jüdischer proletarischer Organisationen, wir theilen aber trotzdem die Ansicht des Genossen Brod ganz und gar nicht. Wir haben für die Unterstützung der streifenden Trampvoorbereitungen gesprochen, und es würde die größte Enttäuschung in den jüdischen Organisationen Galizien hervorrufen, wenn wir in einem solchen proletarischen Kampfe nicht mit aller Energie für die Trampvoorbereitungen eingetreten wären. Unsere jüdischen Genossen wissen, daß sich die Sozialdemokratie niemals dazu hergeben wird, in Philosemitismus zu verfallen.

Edersch-Brünn tritt dafür ein, daß die Anträge der Parteileitung noch vor dem Parteitage bekanntgegeben werden. Bezüglich der Frauenorganisation möchte ich nicht, daß diese so wichtige Angelegenheit mit der Annahme des Antrages abgethan wäre; der Antrag solle dann auch durchgeführt werden, und die Parteiververtretung solle ihre Aufmerksamkeit darauf richten. Bezüglich der Blocks ist durch keinen Parteitagentscheidungs etwas auszudeuten; wo eine Organisation besteht, wird sie sich diese Frage selbst regeln. In Brünn werden die Gelder von Haus zu Haus gesammelt. Redner spricht sich für die Anträge der tschechischen Genossen aus und wünscht weiter, man solle eine Kommission gründen, die die Erfahrungen bezüglich der Agrarfrage sammelt.

Müller-Orz: Die Wahlkreis-Organisation hat sich aus den Verhältnissen natürlicherweise ergeben. Redner wünscht die Errichtung von Rechtsbüros, doch sollen Anstalten nicht nur an Parteigenossen ertheilt werden. Der Parteitag möge sich weiter auch darüber aussprechen, wer berechtigt ist, Blocks auszugeben.

Smetana-Wien: Es wäre verfehlt, wenn man der Meinung wäre, daß durch die nationalen Organisationen die Partei zersplittert würde; eine Zersplitterung tritt vielmehr immer dann ein, wenn man sich der natürlichen Entwicklung nicht anpassen versteht. Die Aburtheilung der jetzigen Gattung von Parteitagungen würde sich klar ergeben, wenn, wie die Deutschen, so auch alle anderen Nationen mit ihren händlichen Angelegenheiten berämen.

Chwala-Wien tritt ebenfalls dafür ein, daß die Anträge der Parteiververtretung schon vor dem Parteitage bekannt gegeben werden. Wenn von den Parteigenossen verlangt wird, daß sie ihre Anträge eiliche Wochen früher einbringen, kann man das auch von der Parteileitung verlangen.

Albrecht-Meichenberg: Die tschechischen Genossen haben bereits die Wahlkreisorganisation eingeführt; der Grund dafür ist, daß sie dort überhaupt keine Kreisorganisationen hatten. Anders ist es in jenen Gebieten, die bereits Kreisorganisationen hatten. Bei Durchführung der Kreisorganisationen müßte die Parteileitung auch überall Leute ausstellen, die die Agitation besorgen.

Stephan-Bömerstadt: Es wäre angezeigt, wenn kleine Broschüren über die Agrarfrage sowie auch Anleitungen für die Agitatoren herausgegeben würden. Redner empfiehlt weiter den Antrag der tschechischen Genossen.

**Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.**  
Dritter Verhandlungstag.  
London, den 9. Juni 1897.  
Den Vorsitz führt an Lazardin's Stelle, der verhindert ist, Calvignac.

Von den westböhmischen Bergarbeitern ist ein Begrüßungs-telegramm eingelaufen.  
Die Debatte über die „Haftpflicht der Unternehmer“ wird fortgesetzt.

Müller-Weimar giebt eine kurze Darstellung der deutschen Unfallversicherungs-Gesetzgebung. Er fordert, daß außer der allgemeinen Versicherung noch eine besondere Haftpflicht der Unternehmer für diejenigen Unfälle eingeführt werde, die durch grobe Vernachlässigung der Verhütungsmassregeln entstehen. Die Akkordarbeit, die Hauptlohnform im deutschen Bergbau, verursacht die meisten Unfälle. Der Stein- und Kohlenfall, eine direkte Folge der hastigen Akkordarbeit, veranlaßt die größte Zahl der Verletzungen. Wir möchten deshalb die Forderung: „Verbot der Akkordarbeit“ in die Resolution aufgenommen haben. Die Bergarbeiter erhalten bei uns keine Entschädigung, wenn ihnen nachgewiesen ist, daß sie sich den Unfall durch eigenes grobes Verschulden vorsätzlich zugezogen haben. Dasselbe muß auch für die Unternehmer gelten, sie müssen zu einer besonderen Haftpflicht für Unfälle angehalten werden, die durch ihr grobes Verschulden entstehen. In Deutschland wachsen die Unfallschaden in den Bergbaubetrieben geradezu erschreckend, während sie in Belgien und England langsam zurückgehen. Die meisten Unfälle könnten vermieden werden. Das sie passieren, ist ein wahrer Hohn auf die vorgezeichnete Technik. Die französischen und englischen Bergarbeiter haben bereits Grubeninspektoren aus ihren eigenen Reihen durchgeschickt. Auch in Deutschland muß diese Einrichtung angestrebt werden, dann würden sich auch die Unfälle mindern, die von

8,59 auf 1000 Beschäftigte im Jahre 1886 auf 12,09 1896 gestiegen sind. Im Besonderen ist die Zahl der Unfälle, die zu völliger Erwerbsunfähigkeit des Verunglückten führten, von 0,27 auf 1000 Beschäftigte im Jahre 1886 auf 0,37 1896

gestiegen. Die Unfallfrage schließt alle Bergarbeiterfragen in sich ein: die Lohnfrage, die Achtstundenschicht, die Behandlung durch die Vorgesetzten, die Entschädigungs- und die Verhütungfrage. Sie ist die dankbarste für die Agitation unter den Bergleuten, die dankbarste auch, um auf die Gesetzgebung einzuwirken. Der Staat hat die Verpflichtung, die Unfälle zu verhüten. In diesem Sinne sind die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage beständig thätig. (Erdharter Beifall.)

Ein englischer Bergarbeiter fragt an, ob die Behauptung englischer Blätter richtig sei, daß sich die Vermehrung der Unfälle im deutschen Bergbau einmal durch genauere Statistik erkläre, und andererseits durch die Unfallversicherung selber herbeigeführt wäre, weil nun Arbeiter und Unternehmer nachlässiger geworden seien.

Müller erwidert, daß die frühere Statistik der Knappschaftskassen ebenso genau gewesen sei, wie die jetzige. Es sei wahrhaftig zu glauben, daß ein Bergarbeiter mit gesundem Sinnen sich absichtlich einen Unfall zuziehen wolle, nur um die schmale Rente zu genießen, die im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit nur 1/2 des Arbeitsverdienstes betrage. Die Rente konstatierten zudem sehr schwer völlige Erwerbsunfähigkeit. Sie verneinten sie sogar, wenn der Verunglückte noch in anderem Berufe, die er gar nicht ausfüllen kann, erwerbsfähig sei. Auch bei den Unternehmern ist durch die Berufsgenossenschaften die Tendenz zur Unfallverhütung gestiegen. Wenn die Unfälle trotzdem zugenommen hätten, so trägen die Ueberschichten und die Akkordarbeit die Hauptschuld.

Sachse-Jwidau fordert bessere Beachtung der Unfallverhütungs-Vorschriften, die auf dem Papier in großer Vollständigkeit vorhanden wären, in der Praxis aber ganz ungenügend angewendet würden. Das getrennte Bedingensystem führe zur Konkurrenz unter den Arbeitern selber, die ihnen zum Schaden gereiche. Beseitigt müsse auch das Antidemokratiesystem für Mehrförderung an die Beamten werden, das eine Prämie für die Ausherrschung der Unfallverhütungs-Vorschriften darstelle. Die Kameraden der anderen Länder sollten darauf achten, daß die Gesetzgebung die Renten für die Verunglückten bei ihnen höher festsetze, als es in Deutschland der Fall sei; besonders schlecht seien in Deutschland die jugendlichen Arbeiter im Falle eines Unglücks daran, da auch ihre Rente nach dem niedrigen Verdienst berechnet werde. Seit 1880 sei in Deutschland die Arbeitszeit wieder verlängert worden, so im sächsischen Revier von 10 auf 12 Stunden. Die Arbeitsleistung sei gestiegen. In den ersten Tagen der Woche kommen viel mehr Unfälle vor, als in den letzten Tagen, wo der Arbeiter abgepannt sei.

Genwald (Northumberland) giebt eine Darstellung des Unfallversicherungs-Gesetzentwurfes der zur Zeit im Hause der Gemeinen die zweite Lesung passirt und schließt auf Annahme im Hause der Lords hat. Der Entwurf stellt einen beträchtlichen Fortschritt zu dem jetzigen Zustande dar. Der Entwurf umfaßt 6 Millionen Arbeiter, 7 Millionen Arbeiter bleiben noch außerhalb. Die Karenzzeit beträgt nicht wie in Deutschland 13 Wochen, sondern nur 2 Wochen. Die Entschädigung bei voller Erwerbsunfähigkeit entspricht dem vollen Durchschnittsverdienst der letzten drei Jahre; verzichtet der Arbeiter auf die Rente, so wird ihm eine Entschädigung von 3000 M. gezahlt.

Damit schließt die Diskussion.  
Die Resolution der Miners-Federation, die gestern mitgetheilt ist, wird einstimmig von den Delegirten aller auf dem Kongreß vertretenen Nationen angenommen.

Die Mittagspause tritt ein.  
In der Nachmittags-Sitzung wird Punkt 3 der Tagesordnung „Die Arbeitslohnfrage“ zur Verhandlung gestellt.  
Die Miners Federation beantragt: „Der Zeitpunkt ist gekommen, wo für alle auf dem Kongreß vertretenen Bergarbeiter ein Minimallohn festzusetzen ist. Dieser Minimallohn soll, wenn möglich, überall durch Kampf errungen werden.“  
Die deutsche Delegation regt eine Erörterung der internationalen nationalen Taktik an, die bei Lohnkämpfen zu beobachten ist.

Die englische Resolution wird von Harwen begründet: Die Frage hat viele Nationalkongresse der englischen Bergarbeiter beschäftigt; die Miners Federation legt den höchsten Werth auf sie. Als im Jahre 1893 der Miesenkampf der englischen Kohlenarbeiter ausbrach, an dem 400 000 Arbeiter theilhaftig waren, riefen die bürgerlichen Zeitungen, die Arbeiter müßten sich die von den Unternehmern geplante 25prozentige Lohnreduktion gefallen lassen, weil sonst die englische Industrie ruiniert würde und ihre Herrschaft auf dem Weltmarkt an Deutschland, Belgien und Frankreich abgeben müsse. Die Thatsachen haben diese Prophezeiung Algen gestraft. Die Lohnreduktion wurde verhindert, die Arbeiter blieben, nachdem sie monatelang gehungert, freigeich, und die im Jahre 1888 erzielte 40 prozentige Lohnreduktion blieb bis auf 30 pCt. erhalten. 1896 wurden 5 699 889 Tons Kohlen in England mehr gefördert als 1893. Die Industrie ist also noch nicht ganz vom Weltmarkt verdrängt. (Heiterkeit.) Im vorigen Jahre schlug das Verordnungs-Komitee den Arbeitern vor, in eine Lohnreduktion von 10 pCt. zunächst für zwölf Monate zu willigen. Wieder wurden die alten Gründe hervorgehoben und die Grubenbesitzer drohten mit einer Generalausperrung. Die Delegirten der Bergarbeiter gingen auf den Vorschlag nicht ein, schlugen aber eine Abstimmung aller Mitglieder vor. Trotz der Drohung der Unternehmer, trotz der Erinnerung an die Leiden von 1893 weigernten sich die organisirten Arbeiter einstimmig, auf die Lohnreduktion einzugehen. Darüber sind 12 Monate vergangen, die Löhne sind nicht herabgesetzt und die Gruben streiken noch immer. Ueber den angeblichen Gesetzen der politischen Oekonomie steht das Recht eines jeden Menschen zu leben, höher als die Interessen der Herrenjobber steht das Wohl der Arbeiter. Der Kongreß soll sich nur prinzipiell für den Minimallohn aussprechen, die Taktik, wie er zu erringen ist, bleibt jedem Lande überlassen. (Erdharter Beifall.)

Wier-Schottland unterstützt den Antrag. Die schottische Bergarbeiter-Organisation lasse noch viel zu wünschen übrig, doch sei zu hoffen, daß sich auch die schottischen Kohlenarbeiter bald auf dieselbe Höhe der Lebenshaltung erheben werden, wie die übrigen englischen Kameraden.

Müller-Weimar: Bisher haben die Bergarbeiter des

einzelnen Länder ihre Lohnkämpfe durchzuführen, ohne Hülfe mit den auswärtigen Kameraden zu nehmen. Diese Taktik ist auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Der Widerstand der Grubenbesitzer wächst, wir müssen für gegenfeitige Hilfe Sorge tragen. Die Lohnfrage ist für die Bergarbeiter brennend. Eine Lohnreduktion in dem einen Lande wird sofort von den Bergarbeitern in den anderen Ländern gefühlt. Die Lohnbewegung ist jetzt in Deutschland in energischer Gang gebracht. Die beiden Verbände, die sich sonst, wenigstens soweit der Verband der christlichen Bergarbeiter in betracht kommt, nicht sympathisch gegenüberstehen, gehen in der Lohnfrage durchaus Hand in Hand. Im Prinzip sind wir mit dem Vorgehen der Engländer einverstanden, meinen aber, daß die Erringung eines Minimallohnes ohne mächtige Organisation fast unmöglich ist. Wir sind deshalb auf internationale Sympathien angewiesen. Was kann da geschehen? Bei den Lohnkämpfen, die uns bevorstehen, müssen uns die Kohlenarbeiter der anderen Länder insofern unterstützen, als sie verhindern, daß keine Kohlen aus ihren Revieren in das Streikgebiet gefahrt werden, um den Ausfall zu decken. (Zehlfacher Beifall.) In welcher Weise dies geschehen kann, wird die Debatte ergeben. Die erste Bedingung zu einem festen und menschenwürdigen Lohne für alle Bergarbeiter ist der internationale Zusammenhalt, der sich in der angebotenen Weise zu zeigen hat. Nur so können wir die Bergwerkbefitzer zwingen, Nachfrage und Angebot von Kohlen so auf dem Weltmarkt zu regeln, daß unsere Interessen dabei in erster Linie gewahrt bleiben. (Zehlfacher Beifall.)

Sachse - Jvidau weist auf den Beschluß des Gelmstedter Kongresses hin, der einen Durchschnittslohn von 4 M. als Ziel aufgestellt hat. Ebenso verlangt der christliche Bergarbeiter-Verband einen Minimallohn. Die internationale Taktik der Bergarbeiter muß dahin gehen, den Zugang ins Streikgebiet zu verhindern und ebenso die Kohlenzufuhr. Das Ziel ist nicht leicht zu erreichen, aber es müssen alle Kräfte daran gesetzt werden. Die Organisation der deutschen Bergarbeiter ist schwach; die 1889 erlangte Lohnreduktion von 10 pCt. hat nicht einmal aufrecht erhalten werden können. Die Löhne sind niedrig, daher können nur geringe Beiträge für die Organisation geleistet werden und die Leistungen der Organisation sind entsprechend gering. Der deutsche Verband erhebt nur 30 Pf. monatlichen Beitrag, und selbst diese kleine Summe ist vielen Kameraden noch zu hoch. Wir haben also noch viel zu thun, bevor wir das englische Muster erreichen. (Zehlfacher Beifall.)

Carrot spricht sich namens der Belgier für die Forderung des Minimallohnes aus. In Belgien besteht eine Art Minimallohn, aber verschieden für die verschiedenen Provinzen. In Flandern wird er nach den Löhnen der Landarbeiter bemessen, die um 2 Francs pro Woche niedriger sind, als die der Industrie-Arbeiter. Der Minimallohn wird von einer Art von Arbeitskammern festgesetzt, in denen drei Unternehmer und drei Arbeiter sitzen. Die Unternehmer sind den Arbeitern aber meistens an Geschäftsgewandtheit überlegen und sehen ihre Ansicht durch. Die belgischen Sozialisten fordern deshalb einen gemeinsamen Minimallohn für das ganze Land. — Redner tritt dem Vorschlage der deutschen Delegierten bei.

Samendin (Frankreich) schließt sich gleichfalls diesem Plane und der englischen Resolution an.

Young (Norbunland) bekämpft unter lebhaftem Widerspruch der Kongressmehrheit die Forderung des Minimallohnes. Er macht auf das Auf und Ab der Konjunktur aufmerksam und hält es für ausgeschlossen, daß sich ein Minimallohn dauernd aufrecht erhalten läßt. Die Produktion würde in vielen Gruben dadurch unrentabel werden; Arbeiterentlassungen wären die Folge, die kleinen Grubenbesitzer würden ruiniert. (Große Unruhe.) Die weitere Debatte wird auf morgen vertagt.

## XV. Kongress für innere Medizin.

In der Freitag-Vormittags-Sitzung führte Geheimrath Senator Berlin den Vorsitz. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten hielt Geheimrath Gulenburg-Berlin seinen Vortrag über Wadsworth'sche Krankheit. Die seltene Krankheit tritt in recht mannigfaltiger Form auf, zum Theil zeigt sie eine Reihe ausgesprochener Erscheinungen, wie hochgradiges Herzlopfen, Vergrößerung der Schilddrüse (Kropf), Gichtanfälle, Jittern; in anderen Fällen wieder bestehen unvollkommene sogenannte rudimentäre Formen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben sich verschiedene Grundanschauungen über das Wesen und die Entstehung der Krankheit gebildet, die sich gegenseitig ergänzen. Man sieht danach den Ausgangspunkt der Erkrankung in einer fehlerhaften Blutmischung, einer ursprünglichen Affektion des Nervensystems und endlich in einer besonderen Erkrankung der stets vergrößerten Schilddrüse. Wahrscheinlich bestehen alle drei Theorien zu Recht; sie haben denn auch, ihrer theilweisen Berechtigung entsprechend, allesamt für die Behandlung der Krankheit schätzbare geleistet. In betracht kommt die Verabfolgung der die Blutbeschaffenheit bestimmenden Medikamente, mehr noch die Anwendung allgemeiner Kurmittel, wie Diät, Warm- und Kaltwasserkuren, Jodentia, elektrische und feisliche Behandlung und endlich die in letzter Zeit vielfach befürwortete Vornahme operativer Eingriffe. Ueber die theilweise Ausschneidung der vergrößerten Schilddrüse und ihren Heilwerth sind die Meinungen noch getheilt; allzu viel wird die Operation schwerlich leisten. Vollkommen erfolglos ist die Behandlung mit den viel genannten Schilddrüsenpräparaten geblieben. Man muß daran festhalten, daß eine Heilung der Krankheit in vielen Fällen zu erreichen ist, und daß es Sache des erfahrenen Arztes sein wird, unter den zu Gebote stehenden Mitteln diejenigen anzuwenden, welche dem Einzelfalle am meisten entsprechen.

Nach einem in dasselbe Gebiet einschlagenden Vortrage von Dr. Matthes-Jena hielt Geheimrath Liebreich-Berlin seinen mit einer gewissen Spannung erwarteten Vortrag über die Ziele der modernen medizinischen Heilkunst. Es giebt — wie Redner ausführt — verschiedene Methoden der Behandlung, die von ganz abweichenden Grundanschauungen ausgehen. Die pharmakodynamische Richtung beruht auf der Anwendung arzneilicher Mittel, deren es, dank der Einwirkung der modernen chemischen Anschauung, jetzt eine schier erdrückende Fülle giebt. Ihre Anwendung geschieht nicht mehr auf der Grundlage zufällig gemachter Erfahrungen, sondern erfolgt nach naturwissenschaftlichen Grundfragen. Mögen auch viele von ihnen überflüssig erscheinen, so muß doch ein so gewaltiger medikamentöser Apparat eine gewisse Zuversicht dem Arzt und dem Kranken verleihen. — Eine zweite Richtung will auf die Krankheitsursache einwirken. Welches ist diese Ursache? Sind es wirklich die viel genannten Bakterien? Liebreich sieht hier auf einem ganz anderen Boden als die überwiegende Mehrzahl der Forscher. Er sieht in den Bazillen nicht die eigentlichen Krankheits-erreger. Soll z. B. der Tuberkelbazillus in den Lungen Boden gewinnen, so müssen sich in diesen bereits Vorgänge abgespielt haben, welche eine Anheftung des Bazillus ermöglichen. Im gesunden Körper gedeiht der Bazillus nicht. Mit der Vernichtung desselben ist darum noch nicht das höchste Ziel erreicht; die Krankheit besteht fort. Erst wenn die kranke Hesse gesundet, kann sie den feindlichen Bazillen ausstoßen. Also die Zelle, nicht der Bazillus bildet in erster Linie den Angriffspunkt. Aus diesen Gründen sieht Liebreich den modernen Behandlungsmethoden von Koch, Behring u. a. ungläubig gegenüber; auch von dem neu angekündigten Tuberkulose-Serum Behring's, welches das neue Tuberkulin Koch's noch weitläufig übertrifft, verspricht er sich nichts. Die Bedeutung des Diphtherie- und Stiertrampf-Serums müßte vor allem durch einwandfreie Thierversuche erwiesen werden; an solchen fehlt es in dessen Hinsicht.

In der Diskussion zu diesem Vortrage traten die Professoren Goldscheider und A. Baginski, ersterer auf Grund mikroskopischer Befunde, letzterer auf Grund seiner Erfahrungen am Krankenbette, ziemlich energisch für die von Behring eingeführten Behandlungsmethoden ein, während Professor Behring selbst seine Gegner durch überzeugende Thierversuche, für welche er sein Serum zur Verfügung stellt, zu belehren hofft.

Der dritte größere Vortrag von Professor Benedict-Wien behandelte die Verwendung der Röntgenstrahlen in der inneren Medizin. Bisher haben die X-Strahlen der chirurgischen Wissenschaft wesentliche Dienste geleistet durch Sicherstellung der Diagnose und durch Anleitung für den Operationsweg. In neuerer Zeit hat auch die innere Medizin mancherlei werthvolle Anregung aus der Anwendung der Röntgenstrahlen geschöpft. Insbesondere hat man die Lageverhältnisse der inneren Organe, besonders in der Brusthöhle mit ihrer Hülfe zu bestimmen vermocht. Die Bewegung des Herzens, seine Beziehung zu den Nachbarorganen u. a. m. läßt sich oftmals besser als mit anderen Untersuchungsmethoden feststellen. Auch die krankhaften Verhältnisse werden vielfach aufgeklärt. Bei den Organen der Bauchhöhle ist man weniger weit vorgeschritten; immerhin berechtigt die Einführung der vielgenannten Strahlen in die Untersuchungsmethoden der inneren Medizin zu den schönsten Hoffnungen.

In der Diskussion zu diesem Vortrage wurden mehrfach Verbesserungsvorschläge angegeben und auf die Bedeutung der Methode für die Erkenntniß gewisser Brustgeschwülste u. hin- gewiesen.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Redakteur der „Bildhauer-Zeitung“, Gen. Dupon in Berlin, ist von dem zweiten Vorsitzenden des hiesigen Hirsch-Dunker'schen Ortsvereins der Bildhauer, einem Herrn Mohr, bei der Staatsanwaltschaft wegen öffentlicher Beleidigung auf Grund von § 186 des Strafgesetzbuchs denunziert worden. Die „Bildhauer-Zeitung“ bemerkt dazu: „Alle Ehre diesen Prinzipien eines Gewerkschafters! Wäre es ihm um eine Ehre unseres „Vergebens“ zu thun gewesen, so hätte er ein kollegiales Schiedsgericht angerufen oder eine Privatklage angestrengt, aber es lag ihm wohl vielmehr daran, seine Rache zu sühnen.“

An die Maurer Berlins und der Provinz Brandenburg. Kollegen! Seit 14 Tagen befinden sich die Maurer in Osterburg im Streik. Sie fordern 25 Pf. Stundenlohn und zehnjährige Arbeitszeit. Bisher betrug der Lohn 23 Pf. bei zehnjähriger Arbeitszeit. Am Ort wird eine Gasanstalt gebaut und sind die Maurerarbeiten in Submission an Herrn Architekt Hempel in Berlin vergeben, der wiederum den Auftrag an einen Osterburger Meister übergab. Dieser Herr hat nun hartnäckig die Forderungen der Maurer abgelehnt. Da die Arbeit aber sehr dringend ist, so will nun Herr Hempel die Arbeit der Maurer verrichten lassen. Es ersuchen deshalb fortgesetzt im „Local-Anzeiger“ und in Provinzialblättern Annoncen, in welchen Maurer bei hohem Lohn gesucht werden. In Berlin besorgt Maurerpolier Kopinski, Kasanien-Allee 83, die Anwerbung, und am 3. Pfingsttag sind bereits 12 Mann in Osterburg angekommen. Wir fordern sämtliche Kollegen auf, diese Mitteilung zu beachten, damit die Maurer in Berlin sowie in der Provinz Brandenburg nicht den Streikenden den Kampf erschweren. Desgleichen ist der Zugang von Maurern nach Potsdam, Spandau und Forst i. S. fernzuhalten. Die Agitationskommission der Maurer der Provinz Brandenburg. H. Silberschmidt, Schöneberg-Berlin, Apostel Panikstraße 2.

Die Maurer Berlins beschlossen gestern Abend in einer von etwa 3000 Theilnehmern behendeten Versammlung heut (Sonntag) an alle Unternehmer, welche noch nicht den Stundenlohn von 25 Pf. zahlen, diese Forderung zu stellen, und wo dieselbe nicht bewilligt wird, am Montag, den 14. d. M. die Arbeit niederzulegen.

## Deutsches Reich.

Zum internationalen Textilarbeiter-Kongress in Roubaix. Das Schreiben, welches der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei an die deutsche Parteileitung gerichtet hat, lautet:

Der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei wünscht Ihre Aufmerksamkeit auf den dritten internationalen Jahreskongress der Textilarbeiter zu lenken, der vom 9. bis 14. August in Roubaix tagen wird. Obgleich schon im Februar von dem Organisationskomitee des Kongresses Einladungen an die deutschen Arbeiterorganisationen geschickt worden sind, so zählen wir doch daran, daß Sie die Spinner, Weber, Kämmer, Färber, Appreteure u. s. w., welche der Sozialdemokratie angehören, an ihre Pflicht und an ihr Interesse erinnern, sich zahlreich auf diesem Kongresse vertreten zu lassen.

Sowohl vom Gesichtspunkt einer augenblicklichen Verbesserung ihrer so traurigen sozialen Lage als vom Gesichtspunkt der vollständigen Emanzipation des Proletariats durch den Triumph des Sozialismus, ist es von Wichtigkeit, daß die Millionen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie über die Landesgrenzen hinweg die Bande der Solidarität befestigen.

Brüderlichen Gruß!

Der Nationalrath: Carnaud, Rene Chauvin, Farjet, Fortin, Fervoul, Jules Queude, Jourd, Paul Lafargue, Rauffang, Roussel, Sauvanet, Mine Valette, Zevads.

Ein Streik der Weber ist, wie schon kurz mitgeteilt, in Reichenbach in Schlesien bei der Firma Weyl u. Massa ausgebrochen. Man schreibt und darüber noch: Als die Arbeiter am Mittwoch nach den Feiertagen die Arbeit wieder beginnen wollten, wurde ihnen durch Anschlag bekannt gemacht, daß nach Ablauf der Rindigungsfrist eine Lohnherabsetzung von 15—30 pCt. eintreten werde. Die Weber und Weberinnen, deren Verdienst ohnehin durchschnittlich pro Woche nur 8,70 M. beträgt, weigerten sich deshalb, die Arbeit zu beginnen. Verhandlungen, die mit Hilfe eines Polizeikommissars und des Gewerbe-Inspectors stattfanden, führten zu keinem Ausgleich, da die Inhaber der Firma sich nur dazu verstanden, die Lohnherabsetzung um ein geringes zu mildern; sie müßten, so erklärten sie, eine Lohnherabsetzung vornehmen, da das Geschäft schlecht ginge und auch die Konkurrenz niedrigere Löhne bezahle als sie. Letzteres trifft aber nicht zu. Das Geschäft kann auch nicht so schlecht gehen, denn die Fabrik wird vergrößert; wie überhaupt die Fabrik der Textilindustrie im Kreise Reichenbach in Schlesien fortwährend vergrößert werden. Ferner spricht auch die Thatfache, daß die Firma den Gang der Beschäfte um 10 pCt. beschleunigen will, nicht gerade für einen schlechten Geschäftsgang. Wenigstens Entgegenkommen haben die Weber und Weberinnen bewiesen, denn sie sind bereit, sich eine Lohnherabsetzung von 5 pCt. gefallen zu lassen, falls die Gangart der Stühle eine schnellere wird; außerdem sind sie bereit — falls das Geschäft wirklich schlecht geht —, in eine Verkürzung der Arbeitszeit zu willigen; sie sagen sich ganz richtig, daß sie dadurch weniger als durch eine Lohnherabsetzung getroffen werden. Leider beharrt die Firma auf ihrem kapitalistischen Standpunkt. 400 Weber und Weberinnen müssen also verühen, durch einen Streik, die Lohnherabsetzung abzuwehren. Den Pfeilschußern und Maschinenführern — etwa 100 Personen, für die jetzt die Firma keine Arbeit hat — ist erklärt worden, daß sie sich nur den Streikenden anschließen sollten. Diese Arbeiter wollen nun den Lohn für die Zeit bis zum Ablauf der Rindigungsfrist einlangen. Die Ausschändigen bitten die Arbeiter Deutschlands um Unterstützung. Gelder nimmt die Expedition des „Proletariats“ aus dem „Eulengebirge“ in Ober-Sachsen ein.

Ueber den Tischlerstreik in Stettin wird berichtet: Die Zahl der Streikenden hat sich auf 180 Verheirathete, die 208 Kinder haben, und 50 Lebige reduziert. Der Arbeitserwerb arbeitet mit allem Hochdruck, um fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. In ihrer letzten Versammlung beschlossen die Fabrikanten und Meister, die Hülfe der Polizei anzurufen, damit die Posten der Streikenden vom Bahnhof entfernt werden; ferner die Wapolizei darauf aufmerksam zu machen, daß in ganz unvollkommenen Bauten freilebende Gesellen Werkstätten eingerichtet hätten. In einem letzten Schreiben geben sie die Erklärung ab, daß sie jetzt auch jeden schriftlichen Verkehr mit der Streikkommission ablehnen und bedingungslos Aufnahmen der Arbeit verlangen. Die

Streikkommission ersucht die Berliner Kollegen, mehr darauf hinzuwirken, daß der Zugang nach Stettin unterbleibe. Die Kommission des Arbeitgeber-Bundes versucht hauptsächlich aus Berlin Arbeitskräfte zu gewinnen. Also energisch den Zugang nach Stettin fernhalten.

In Wolgast ist der Tischlerstreik in der Kräft'schen Fabrik zu gunsten der Arbeiter beendet. Sämtliche Tischler haben die Arbeit wieder angetreten. Der Geschäftsführer Jürgs der Fabrik hat sich aus unbekannter Ursache das Leben genommen.

Der Prozeß um die Demmler'sche Erbschaft, mit dem sich die Gerichte auf Veranlassung der Schwärmerer Maurer und Zimmerer seit mehreren Jahren zu beschäftigen hatten, ist, wie der „Grundstein“ mittheilt, nun endgiltig entschieden. Das Reichs-Obertribunal hat das Urtheil des mecklenburgischen Oberlandesgerichtes, das den Klägern nicht günstig war, bestätigt. Die Forderungen der Maurer und Zimmerer sind somit mit ihren aus dem Testament begründeten Ansprüchen auf die von Baroath Demmler für sie ausgelegten Legate endgiltig abgemessen.

Die Senats-Kommission für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hafen Hamburgs hält, wie das „Hamb Echo“ mittheilt, noch fortlaufend, entweder mit den Unternehmern allein oder mit Unternehmern und Arbeitern gemeinschaftlich, Sitzungen ab. In den letzten Sitzungen hat sich die Kommission mit den Lohnlisten beschäftigt.

Die Maler in Gmünd in Württemberg fordern den Jahreslohn und 40 Pf. Stundenlohn. Die Meister wollen bei zehnjähriger Arbeitszeit nur 33 Pf. Stundenlohn zahlen.

In Frankenthal in der Rheinpfalz stehen seit Sonnabend 25 Arbeiter und Hilfsarbeiter der Frankenthaler Fabrik im Streik.

## Ausland.

Die Errichtung eines schwedischen Steinhauerverbandes, nach dem Muster des dänischen und norwegischen, wurde auf dem zweiten skandinavischen Steinhauerkongress in Karlskrona in Schweden beschlossen. Die übrigen wichtigeren Beschlüsse des Kongresses sind: Es soll überall zunächst der zehnjährige Arbeitstag durchgesetzt werden. Die Abschaffung der Unkordarbeit wird als wünschenswert bezeichnet. Die Gründung einer Reiseunterstützungs-Kasse soll bald wie möglich vorgenommen werden. Die Gründung einer Streik-Kasse wurde ebenfalls beschlossen. In Zukunft soll in jedem der drei Verbände jährlich ein Nationalkongress und jedes dritte Jahr ein allgemeiner skandinavischer Kongress abgehalten werden. Der Kongress in Karlskrona war von 31 Vereinen besetzt.

## Soziales.

Jülicher Arbeiterkongress. Die Allemanistische Gruppe im Pariser Gemeinderath hat die Beschlüsse des Jülicher Arbeiterkongresses abgelehnt, weil dort auch Parteien vertreten sein werden, mit denen sie in Frankreich zu kämpfen hat.

Die Verwaltung der städtischen Arbeitsnachweiskasse in Charlottenburg beruft auf den 13. September eine Besprechung über die einheitliche Gestaltung der städtischen Arbeitsnachweise nach Karlsruhe ein.

Von den Kapitalisten der deutschen Alters- und Invalidenversicherung-Kassen sind, wie amtlich mitgeteilt wird, 12 Millionen Mark für den Bau von Arbeiterwohnungen, 13 Mill. Mark zur Verdringung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses, 6 Millionen Mark für den Bau von Schulen und Volkshäusern, für Spar- und Konsumvereine und ähnliche Einrichtungen hergegeben worden.

In Bayern gab es Ende 1896 36404 Wirtschaften gegen 35997 um die gleiche Zeit des Vorjahres. Somit ist eine Mehrung von 467 zu verzeichnen, die mit wenigen Ausnahmen auf die Städte fällt.

Kaffee- und Kakao-Verbrauch in Deutschland. Der Verband deutscher Chocoladefabrikanten hat eine Statistik über die Veränderung des Verbrauchsverhältnisses zwischen Kakao und Kaffee in Deutschland aufgestellt. Das Verhältnis läßt sich ziemlich genau bestimmen nach der Menge des in das deutsche Zollgebiet zum inländischen Verbrauch eingeführten Roh- (Wohn-)Kakao und Kaffees. Daraus ergibt sich, daß innerhalb der letzten 18 Jahre (1884 bis 1896) der Kakaoverbrauch in Deutschland um 315 pCt., der Kaffeeverbrauch aber nur um 17 pCt. zunahm. Der Kakaoverbrauch stieg also 18 mal stärker als der Kaffeeverbrauch. Während der Kaffeeverbrauch nur wenig mehr zunahm, als die Bevölkerung wuchs, betrug sich im Zeitraum 1881/86 der Kakaoverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung mit nur 0,01 Kilogramm jährlich, 1891/96 dagegen mit 0,16 Kilogramm, also dem 16fachen.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 11. Juni. (S. S.) Wie der „Frankfurter Ztg.“ aus Kiel telegraphirt wird, ist Otto Bartels, ein bedeutender Baumaterialienhändler daselbst, nach Anstellung falscher Wechsel im Betrage von 100 000 M. hingerichtet worden.

Wien, 11. Juni. (S. S.) Die Friedensverhandlungen sind, wie diese diplomatische Kreise behaupten, in ein günstiges Stadium getreten. Der Sultan soll sich sehr nachgiebig zeigen und bereits in die Befassung Thessaliens bei Griechenland eingewilligt haben. Er soll sich mit unbedeutenden strategischen Grenzregulierungen, in welche nur Melana, nicht aber, wie von englischen Blättern berichtet wird, Turnovo und Trifkala — einbezogen ist, begnügen. Die Entschädigung für die Kriegskosten soll auf vier Millionen Pfund festgesetzt werden. Die Kapitulationen bleiben mit einigen Abänderungen bestehen. Eine gemischte militärische Kommission wird mit der Grenzberichtigung beauftragt werden.

Wien, 11. Juni. (S. S.) Bei Erbauungsarbeiten bedurfte einer Gasrohleitung in Favoriten erfolgte ein Erdbeben, wodurch eine Anzahl Arbeiter verschüttet wurden. Zwei der Verunglückten sind todt, mehrere verletzt, zwei werden noch vermisst.

Budapest, 11. Juni. (S. S.) Der Finanzminister des Abgeordnetenhauses nahm eine Vorlage an betreffend die Verlangung der im Vorjahre gewährten Erhöhung der Zunderpreise. Finanzminister Eulacs und Koloman Tisza hatten erklärt, die Maßregel entspreche nicht allein den österreichischen, sondern hauptsächlich den wirtschaftlichen Interessen Ungarns.

Bukarest, 11. Juni. (S. S.) In den letzten Tagen gingen neuerliche Klagen über ganz Rumänien nieder. Die Verbindungen mit der Moldau sind unterbrochen, viele Dörfer überschwemmt, der Schaden ist sehr beträchtlich.

Belgrad, 11. Juni. (S. S.) In der Nähe von Kutschewo wurden der Oberst Wahovic und der englische Reisende Dight von aufspringenden Sträflingen überfallen. Die Angegriffenen wehrten sich mit äußerster Kraft und schließlich gelang es ihnen mit Hilfe einer Polizeipatrouille, die Räuber in die Flucht zu schlagen.

London, 11. Juni. (S. S.) In der heutigen Sitzung des internationalen Bergarbeiter-Kongresses wurde nach lebhafter Debatte eine Resolution angenommen, welche die Einstellung von Bergwerks-Juli aus den Reihen der Bergarbeiter verlangt.

Konstantinopel, 11. Juni. (S. S.) Hier wurde ein Komplott entdeckt, welches die Niederwerfung armenischer Christen in Casselli plante. Eine Anzahl Muselmanen wurden verhaftet.

New-York, 11. Juni. (S. S.) Wie eine dem „N. Y. Herald“ aus Buenos-Ayres zugegangene Depesche meldet, soll an der argentinischen Küste das argentinische Kanonenboot „Suarez“ eine Streitmacht gelandet haben, wobei ein argentinisches Schiff zum Sinken gebracht worden sei. Die argentinische Regierung habe darauf eines ihrer Kanonenboote mit dem Befehl ausgesandt, das Kanonenboot „Suarez“ zu kapern. Man befürchte ernste Verwickelungen.

Buenos-Ayres, 11. Juni. (S. S.) Das Schiff „Suarez“ wurde an der argentinischen Küste von einem venezolanischen Schiff in den Grund geböhrt. Einzelheiten fehlen.

Der Streik der Wiener Tramway-Angestellten.

In der österreichischen Hauptstadt hat während der drei Pfingsttage ein Generalstreik im gesamten Straßenbahnwesen stattgefunden, der für die Arbeiter siegreich beendet worden ist. Anfänglich hatte es geschienen, als wenn sich der Streik auch auf die Wiener General-Omnibus-Gesellschaft und die Oesterreichische Omnibus-Gesellschaft ausdehnen werde; doch kamen diese beiden Kompagnien den Angestellten mit Zugeständnissen entgegen, sodass sich der Streik auf die Große Wiener Tramway (theils Pferde-, theils elektrische Bahn) beschränkte. Es handelt sich bei dieser um eine sehr reiche Aktiengesellschaft, deren Dividenden von Jahr zu Jahr stiegen, bei der aber die Angestellten in einer Weise ausgebeutet wurden, die noch weit über das hinausgeht, was wir von ähnlichen Gesellschaften im Deutschen Reich gewohnt sind.

Die Forderungen der Arbeiter, wegen deren in der Woche vor Pfingsten mehrfach mit der Direktion verhandelt wurde, waren die denkbar bescheidensten. Sie verlangten eine Lohnerhöhung von 30 Kreuzern pro Tag; ihr Hauptstreben richtete sich aber auf die Eringung des zwölfstündigen Arbeitstages, während sie bisher einen 15-, 16- und mehrstündigen Dienst zu verrichten hatten. Um eine solche Arbeitsleistung aus den Arbeitern herauspressen zu können, hatte die Gesellschaft mit wahrhaft teuflischer Raffinerie den sogenannten „Unterbrechungsdienst“ geschaffen. Dabei arbeitet der Angestellte erst ca. 8 oder 9 Stunden, um dann nach einer mehrstündigen Ruhepause noch einmal den Dienst anzutreten und eine ähnliche Arbeitszeit zu absolvieren. Der Mann stand bei dieser Einrichtung von 5 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts im Dienst, allerdings unterbrochen von einer mehrstündigen Pause, die aber, wie jeder Arbeiter weiß, unter solchen Umständen so gut wie wertlos ist. Das anfängliche Entgegenkommen der Gesellschaft bestand darin, daß sie die Arbeitszeit auf 14 Stunden — verkürzte, den Unterbrechungsdienst aber beibehalten wollte.

Da legte denn am ersten Pfingstfeiertage früh nach vorausgegangenem fruchtlosen Unterhandlungen das gesamte, über 3000 Mann starke Personal die Arbeit nieder, und die Wiener mußten sich während der Festtage trotz des gesteigerten Verkehrsbedürfnisses ohne Straßenbahn behelfen. — Die Streikenden waren keineswegs Sozialdemokraten. Die Mehrzahl der Tramway-Angestellten ist christlich-sozial (antisemitisch) oder indifferent, während sich nur wenige Sozialdemokraten unter ihnen befinden. Trotzdem haben natürlich die österreichischen Sozialdemokraten den Streikenden ihre volle Sympathie erwiesen. Auf dem gleichfalls während der Pfingstfeiertage abgehaltenen österreichischen Parteitage unserer Partei beschloß man eine Sympathie-Erklärung für die Streikenden, beauftragte die Parteileitung, einen Geldbetrag an das Streikkomitee abzuführen, und veranstaltete auch gleich auf dem Parteitage eine Sammlung zu Gunsten der Streikenden. In die Streikleitung haben sich unsere Genossen natürlich nicht gedrängt, da das ganze Unternehmen einen christlich-sozialen Anstrich hatte. Die Antisemiten verankerten denn auch öffentliche Sammlungen zu Gunsten des Streiks. Die Leitung lag wesentlich in den Händen der antisemitischen Abgeordneten Dr. Seemann, Armann, Bieloblawek, Prohaska u. d. auch in den Versammlungen der Streikenden die Referate hielten. Die Unterhandlungen mit der Gesellschaft führte hauptsächlich der antisemitische erste Bürgermeister von Wien, Dr. Lueger. Man muß anerkennen, daß sich dieser für die Interessen der Streikenden lebhaft verwannt hat. So jagte er unter anderem in einer Sitzung des Wiener Gemeinderaths am 4. d. M., wo er wegen seiner Stellung zu den Streikenden angegriffen wurde: „Ich erkläre, daß, wenn der Verkehr nicht in der Weise aufrecht erhalten wird, wie es der Vertrag vorschreibt, ich von dem der Gemeinde zustehenden Rechte rücksichtslos Gebrauch machen werde. (Demonstrativer Beifall links.) Ich kann nur sagen, daß meine volle Sympathie den Bediensteten der Tramway-Gesellschaft gilt, und muß es tief bedauern, daß sich ein Gemeinderat gefunden hat, dessen Sympathie auf Seite der Gesellschaft ist.“ (Demonstrativer Beifall links. Stürmische Bravorufe auf der Gallerie.)

Wie weit diese Stellungnahme von Parteirücksichten diktiert war, wollen wir nicht weiter untersuchen. Man weiß ja zur Genüge, wie traurig sich die Wiener Christlich-Sozialen sonst bei Arbeiterausständen, aus denen die Parteihauptlinge kein politisches Kapital schlagen konnten — wir erinnern an die Streiks von Neunkirchen und Ostau — aufgeführt haben. Und auffällig ist es jedenfalls, daß das antisemitische „Deutsche Volksblatt“ bei seinem Aufruf zu den Sammlungen darauf hinwies, daß es die antisemitischen Wähler seien, um die es sich handelte.

Nun, jedenfalls haben sich auch diese Arbeiter im Streik sehr gut gehalten. Sie standen, nachdem am 4. d. M. und am Freitagabend noch fruchtlose Verhandlungen zwischen den Delegierten der Arbeiter und den Direktoren der Gesellschaft im Bureau des Dr. Lueger stattgefunden hatten und die Parole zum Streik ausgegeben worden war, wie ein Mann und haben in dieser Haltung auch bis zum Schluß ausgeharrt. — Am ersten Feiertage früh um 5 Uhr versammelten sich die Bediensteten nochmals in den einzelnen Remisen, um, wenn von Seite der Gesellschaft Zugeständnisse erfolgen sollten, sofort in Dienst treten zu können, andernfalls aber die Ausfahrt zu verweigern. Es wurden keine Zugeständnisse gemacht, — und die Ausfahrt wurde verweigert. Die Gesellschaft setzte — ähnlich, wie wir es beim Hamburger Streik gesehen haben — Himmel und Hölle in Bewegung, um mit Streikbrechern den Verkehr aufrecht zu erhalten. Trotzdem sie außer dem Tagelohn noch 2 Gulden pro Arbeiter mehr bot, und trotzdem theils die höheren Beamten den Fahrdienst verrichteten, theils Leute subten, die mit Pferden gar nicht umzugehen wußten, gelang ihr dies nicht. Es war aber nicht nur der Verdienstentgang, der der Gesellschaft unangenehm wurde, sondern mehr noch die von der städtischen Behörde in Aussicht stehende Uebernahme der ganzen Tramway in die städtische Verwaltung. Der Gemeinde Wien räumen nämlich die Vertragsbestimmungen zwischen ihr und der Tramway-Gesellschaft das Recht ein, wenn letztere ihren vertragmäßigen Verpflichtungen nicht nachkommt, einen Theil der Rantion oder die volle Rantion für verfallen zu erklären, sowie auch Geldstrafen zu bestimmen. Außerdem ist aber die Gemeinde be-

jugt, die Sequestration über das Unternehmen auszusprechen, wenn dasselbe nach vorhergegangener Mahnung dem Vertrage nicht gerecht wird.

Solche Mahnschreiben gingen nun in geharnischter Form an die Gesellschaft ab. Und hatte diese sich anfänglich auch auf das Hochmüthige und Prozenhafte hinausgespielt, den Angestellten mit dauernder Entlassung, Strafverfolgung und dergleichen gedroht, so genügte doch drei Tage treuer Arbeiter-solidarität, um die kapitalistische Gesellschaft zu größerem Entgegenkommen zu bestimmen.

Während der Pfingsttage war im Rathhaus ein Permanenzdienst eingerichtet. Mehrfach konferirte der Oberbürgermeister Dr. Lueger mit dem Statthalter Grafen Kielmansegg und dem Ministerpräsidenten Grafen Badeni in Sachen des Streiks. Lud in einer Besprechung, die am Dienstag Nachmittag stattfand und an der sich die Herren Statthalter Graf Kielmansegg, Sektionschef v. Wittel, der Regierungskommissar der Tramway, Statthaltervater v. Kutschera, Bürgermeister Dr. Lueger und Vizepräsident der Gesellschaft Popper beteiligten, hat sich denn die Gesellschaft zu Bewilligungen herbeigelassen, die das von den Arbeitern Geforderte zwar nicht erreichten, aber doch von diesen akzeptirt worden sind. Die Zugeständnisse der Tramway-Gesellschaft bestehen, wie wir bereits berichtet haben, hauptsächlich darin, daß der Unterbrechungsdienst jeden Bediensteten nur einmal wöchentlich trifft, daß alle Kategorien der Bediensteten mit Ausnahme der Konduktoren eine tägliche Lohnerhöhung von 10 Kreuzern erhalten, und schließlich, daß alle Bediensteten nach dem zweiten Dienstjahre ständige und nach zwölfjähriger Dienstzeit definitive Angestellte werden.

Wir sind weit davon entfernt, die vermittelnde Haltung einiger österreichischer Regierungsmänner und namentlich das Eintreten des Dr. Lueger für die Streikenden zu überschätzen. Die besondern Parteidiskussionen, die bei diesem Streik in Frage kamen, haben eben sehr mitgespielt. Aber eigentümlich berühren muß es uns Reichsdeutsche doch, wenn wir diese verhältnismäßig anständige Behandlung österreichischer streikender Arbeiter in Vergleich stellen zu den Vorgängen beim Hamburger Gasenarbeiter-Streik. Wer erinnert sich nicht der damaligen Rede des Herrn von Bötticher mit dem Wort von den „trivolen Arbeiterforderungen“? Und ob unser Berliner Ober-Bürgermeister in einem ähnlichen Fall nicht weit hinter dem österreichischen Antisemiten zurückbleiben würde?

Achter evangelisch-sozialer Kongress.

Leipzig, den 10. Juni 1897.

In der Vormittags-Sitzung wurde nach Schluß der Debatte folgende Resolution angenommen: „Der Kongress spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß die christliche Beamtenschaft des Eigentums weder auf ökonomische noch auf kommunizistische Ideale verpflichtet, auch ihrer Art nach nicht geeignet ist, ohne weiteres in die Rechtsordnung überzugehen, daß aber das Evangelium es jedem Christen zur Gewissenspflicht macht, Besitz und Genus des Eigentums prinzipiell dem ewigen Gut unterzuordnen und in den Dienst der Liebe und der gemeinsamen irdischen Aufgabe zu stellen.“

In der Nachmittags-Sitzung beschäftigte sich der Kongress mit dem Thema: „Deutschland als Industriestaat“. Der Referent, Privatdozent Dr. Oldenberg (Berlin), äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Die Landbevölkerung gehe in Deutschland immer mehr zurück. Die Ursache liege in der Zunahme der Bevölkerung. Deutschland wachse jährlich um 1/4 bis 1/2 Millionen Köpfe. Diese Zunahme der Bevölkerung verlange Unterkommen. Eine Beschäftigung der wachsenden Bevölkerung sei nur durch die Vergrößerung der Export-Industrie möglich. Oasen und noch einige andere Länder gelten als gute Absatzgebiete. Die Industrie sei rentabler, als die Landwirtschaft. Daher wende sich das Kapital in erster Reihe der Industrie zu. Das Kapital sei die treibende Kraft der Industrie. Frankreich stehe trotz des Rückganges seiner Bevölkerung ebenfalls immer mehr zum Industriestaat herab, während in der Schweiz sich dieser Prozeß langsamer vollziehe. Die wachsende Industrie bedürfe möglicher Tiefhaltung des Lohnes, daher müsse die Industrie darauf bedacht sein, sich eine Reserve-Armee zu schaffen. Das Kapital wolle deshalb verkehrend auf die Landwirtschaft. Das Kapital sorge nicht für die Zukunft, es lebe von den glänzenden Augenblickserfolgen. Die Industrieprodukte seien besser und billiger geworden, nicht so aber die Nahrung und Wohnung. Der wirtschaftliche Fortschritt, der verzeichnet werde, gehe nicht Hand in Hand mit dem Glück und Wohlergehen der Menschen. Während die Industrie blühe, müßten tausende von Konfektionsarbeitern für einen Schandlohn arbeiten und zwar nicht im Interesse deutscher Volkswirtschaft, sondern in dem einiger Antipoden. Das Leben sei komfortabler, innerlich seien aber die Menschen ärmer geworden. Er habe bereits erwähnt, daß das Kapital nur Augenblickspolizei treibe. Selbst die großen Baumwollfabriken amortisiren ihr Kapital schon während der Lebenszeit des Besitzers, wer amortisire aber die Arbeiter? Je später nun ein Staat Industriestaat werde, desto schlechter sei wegen der Konkurrenz, die er vorstube, seine Lage. Die Konkurrenz werde für die Industrie immer größer, das Absatzgebiet immer kleiner. Die Vereinigten Staaten haben längst aufgehört, für die Industriestaaten Europas Absatzgebiet zu sein, da sie nicht nur selbst genügend produzierten, sondern auch exportierten und sich mit einem Wall von Schutzzöllen umgeben. Dazu komme der Rückgang des Eisenbahnbaus, das den Industriestaaten Europas zu denken geben sollte. Das Kapital sei aber international, es befinde sich in industriellen Establishments im Auslande. Dies habe zur Folge, daß ganze Scharen von deutschen Werkführern, deutschen Ingenieuren u. s. w. ins Ausland gehen und gegen ihr Vaterland wirken. Deutschland sei nicht in der Lage, auf dem Gebiete des Getreidehandels die Konkurrenz mit Nordamerika aufzunehmen. Der Industrie-Export sei trotzdem gestiegen. Ganz besonders sei die Maschinenindustrie gewachsen. Das bedeute aber nur, daß die Industrie sich immer mehr dem Ausland zuwende. Die steigende Maschinenindustrie bedeute das Grab der deutschen Industrie. Angeblich sei die Lage der Industrie in Deutschland günstig, trotzdem wolle man auch der Exportindustrie nicht entbehren. Geh. Kommerzrath Baare sei einmal so offenerherzig gewesen, so sagen, daß die großen deutschen Eisenwerke ein Kartell geschlossen haben, wonach die Eisenwerke an das Ausland bedeutend billiger Eisenbahnmaterialien verkaufen als an das Inland. (Hört! hört!) Trotzdem sei der deutschen Eisenindustrie große Konkurrenz insbesondere durch England und Amerika erwachsen. Der Redner referirte sich dahin, die Eisenindustrie verlaufe kurzlich, sie treibe die Politik des Fortwärtstuns, wie sie dem Kapital eigen sei. Die Export-Industrie müsse immer mehr zurückgeben und Deutschland werde infolge des Rückganges der Landwirtschaft nicht so viel Brot produziren können, als es bedürfe. Es werde alsdann nöthig werden, Rußland und Amerika mit Wassengewalt zu zwingen, uns länger als diese es wollen, Brot zu liefern. Wie das gemacht werden solle, sei ihm noch nicht klar. Mit diesem Zustande werde aber Hand in Hand gehen die plötzliche Arbeitslosigkeit der Industriebevölkerung. In der Blöthigkeit dieser Arbeitslosigkeit liege die Gefahr, denn es werde nicht möglich sein, das industrielle Gebäude so schnell umzubauen, um einer Katastrophe vorzubeugen. Eine Katastrophe von furchtbarer Bedeutung sei es aber, wenn 30 Millionen Menschen plötzlich brotlos werden. Daß dieser Zu-

stand eintreten werde, sei nicht nur wahrscheinlich, sondern gewiß. Man könne daher nicht früh genug mit dem Neubau des industriellen Gebäudes beginnen. Der Redner empfahl schließlich die Annahme folgender Leitsätze:

- 1. Die quantitative Zunahme der Industrie gewinnt an einem gewissen Punkte die Bedeutung einer qualitativen Aenderung der Natur des volkswirtschaftlichen Körpers. Sie wird bezeichnet als Fortschritt zum Industriestaat.
2. Als treibende Kraft dieses wirtschaftlichen Fortschritts ist nicht in erster Linie die Zunahme der Bevölkerung anzusehen, sondern die führende Rolle des Kapitals in der Volkswirtschaft.
3. Der Werth des sogenannten wirtschaftlichen Fortschritts liegt nicht sowohl in seinem Ergebnis, in der vermehrten Konsumtion, als auf dem Gebiete der Produktion selbst.
4. Das blinde Drängen zum wirtschaftlichen Fortschritt (und darum zum Industriestaat) ist eine Willkürigkeit gegenüber dem kapitalistischen Interesse, die geschichtlich verstanden sein will.
5. Nur diejenige Nation darf sich auf industriestaatlicher Basis etablieren, die der Zukunft ihrer Position auf dem Weltmarkte sicher ist. Deutschland treibt als Industriestaat in die künftige Ruchenschaft einer wirtschaftlichen Staatengruppe.
6. Der Fortschritt zum Industriestaat widerstreitet zugleich einer wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse.

Professor Dr. Max Weber (Eidelberg): Der Vorredner habe bei seiner scharfen Kritik positive Ideale vermissen lassen. Ohne den Vorschlag positiver Ideale sei eine solche Kritik nicht berechtigt. Herr Kollege Dr. Oldenberg habe von der Fähtung der Export-Industrie gesprochen. Er habe geglaubt, Dr. Oldenberg werde dabei sprechen von der Exportprämie, die der Zucker- und Branntwein-Industrie und der Landwirtschaft durch Aufhebung des Identitäts-Nachweises für Getreide zugestimmt worden sei. Der Vorredner habe allerdings von der latenten Exportprämie für die Eisenindustrie gesprochen. Diese Exportprämie der Eisenindustrie lasse sich jedoch nur abschaffen durch Einführung des Freihandels. Er glaube aber nicht, daß der Vorredner die Aufhebung der Eisenzölle verlange. Er sei kein Optimist, sei aber der Ansicht, daß der Vorredner zu schwarz gemalt habe. Er wisse nicht, ob es Herr Dr. Oldenberg bekannt sei, daß der größte Abnehmer für unsere industriellen Erzeugnisse gerade England sei. Es sei selbstverständlich, daß eine Verschiebung der Erwerbsverhältnisse ein Risiko mit sich bringe. Dies Risiko müsse aber Deutschland auf sich nehmen, es möge wollen oder nicht. Diejenigen Theile Deutschlands, die für die Industrie prädestinirt seien, werden Industriestaaten bleiben trotz aller Vorträge des Herrn Dr. Oldenberg. Roth thue, daß Deutschland seine feudalen Eigenschaften abstreife, daß die feudale Duell-Renommee zurückgedrängt werde, daß Deutschland wieder ein gut bürgerlicher Staat werde. Allerdings sehe der Staat durch Verschiebung seiner Erwerbsverhältnisse seine Zukunft ein. Der Staat aber, der nicht im Stande sei, seine Zukunft einzusehen, habe auch keine Zukunft. (Beifall und Zischen.)

Redakteur Lorenz führte des längeren aus, daß Deutschland heute nicht aus dem Kapitalbetrieb zum Eigenbetrieb zurückkehren könne. Der Referent habe ein schwarzes Zukunftsbild gemalt, er habe aber angegeben vergessen, wann dieser Zustand eintreten werde.

Geh. Regierungsrath Professor Dr. Wagner (Berlin): Herr Dr. Oldenberg habe nicht bloß ein Zukunftsbild gemalt, sondern auch in sehr enger Weise die Gegenwart geschildert. Er (Redner) sei der Ueberzeugung, daß die Gefahr näher sei, als man glaube. Wenn Herr Kollege Weber auf östliche Interessen hingedeutet habe, so müsse er fragen: weshalb seien die Landwirthe in Frankreich, Italien, Spanien u. s. w. ebenfalls für Getreidezölle? Er habe an den Getreidezöllen wahrlich kein persönliches Interesse, er habe weder klar noch Palm, er müsse aber betrefis derselben sagen: mea res agitur. Er halte eine größere maritime Macht für notwendig, um der Beobachtung der Handelsverträge mehr Geltung zu verschaffen. Er stimme daher dem Kaiser bei, daß Deutschland mehr Schiffe haben müsse. Das zu lösende Problem sei die Ueberbevölkerung. Man könne sich angeheißt dessen auf die Dauer nicht auf die Export-Industrie allein stützen, sondern man müsse die Kaufkraft im Inlande stärken, damit die Industrie- und landwirtschaftliche Bevölkerung in Stadt und Land im Inlande für den inländischen Konsum Arbeit finde. (Beifall.)

Professor Dr. Weber: Er erwidere Herrn Geheimrath Wagner auf dessen Frage: weshalb die Landwirthe in Frankreich, Italien u. s. für die Getreidezölle seien: weil jeder Mensch das nehme, was er kriegen könne. Er sei kein Optimist, er sei aber der Meinung, daß man der Gefahr, die die Großindustrie schaffe, nicht entriinnen könne. — Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wurde die Verhandlung gegen 7 1/2 Uhr abends auf Freitag vormittags 9 Uhr vertagt.

Kommunales.

Zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen von 1848 hat das betreffende Komitee an den Magistrat um einen Beitrag aus städtischen Mitteln zu dem angegebenen Zwecke nachgesucht. Das Magistratskollegium hat zur Vorberatung die Angelegenheit einer Kommission von sieben Mitgliedern aus dem Kollegium überwiesen.

Die „Post“, das ungeschickte Organ für Stummische Scharfmacherei, läßt ob dieses Beschlusses: „Dem königstreuen Berlin soll also thätiglich aus häßlichen Mitteln, von einem königstreuen Magistrat zu einem Denkmal für Männer verholten werden, die, mögen sie zum Theil auch in jugendlichem Idealismus für die Rechte des Volkes zu kämpfen geglaubt haben, mit der Waffe in der Hand gegen das angekommene Königthum aufgetreten sind? — Welch ein Triumph für die revolutionäre Sozialdemokratie!“ — Zu diesem Geklammer einer Denunzationsleule bemerken wir kurz, daß die Sozialdemokratie der Denkmalsangelegenheit, die ausschließlich von bürgerlicher Seite angeregt worden ist, durchaus lähl gegenübersteht. Wenn wir an sich auch wahrlich nichts gegen die Errichtung eines Denkmals für die Männer einzuwenden haben, denen die deutsche Geschichte ihre herrlichsten Ehrentage verdankt, so glauben wir doch, daß die Art, wie der Gedanke hier zur Ausführung gebracht werden soll, die sozialdemokratische Arbeiterschaft schwerlich voll befriedigen wird. Die Denunziation der „Post“ war wiederum sehr deplacirt.

Der Berliner Schwimmerbund hat an den Magistrat das Gesuch gerichtet, ihm aus städtischen Mitteln einen jährlichen Beitrag zu gewähren, um das Schwimmen auch in die Volksschichten einzuführen. Das Magistratskollegium hat beschloffen, das Gesuch für dieses Jahr abzulehnen, jedoch in Aussicht gestellt, in den Etat pro 1898/99 eine Summe zu diesem Zwecke einzustellen.

Das Komitee, welches beabsichtigt, eine elektrische Bahn Verbindung von der Zentral-Markthalle über Antonius-Nieder-Schönhausen nach Dörfelthal bzw. Schildow, Station der projektirten Nebenbahn Reinickendorf-Groß-Schönensee herzustellen, hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, nunmehr, da der Vertrag mit der Großen Berliner Pferdeisenbahn-Gesellschaft als gesichert erscheint, dem im Oktober v. J. eingereichten Bahnprojekt, insofern es sich um die Verlegung der Berliner Straßen handelt, zuzustimmen und den Bau und Betrieb dieser elektrischen Bahn zu genehmigen.

Lokales.

Die Reservisten-Übungen, die in den letzten Tagen abgeschlossen worden sind, bildeten für zahlreiche Arbeiter die Ursache folgenschwerster Verletzungen. Wir reden nicht von den schweren Schädigungen, die diese Blüthe des Militärstaates an sich schon

hauptsächlich für den verheirateten Proletarier mit sich bringt. Gewiss ist die Sorge, wie Weib und Kind während der wochenlangen Verdienstlosigkeit des Familienvaters ernährt werden sollen, groß genug, aber sie allein fällt noch nicht das Maß des Elends aus. Die Nachwirkungen der Unheilung zeigen sich erst, wenn der Arbeiter den bunten Rock ausgezogen hat und seinen Berufspflichten wiedergegeben ist. Die staats-erhaltende Menschheit malt sich zuweilen das Bild so schön aus, das der Krieger zeigt, wie er vom Kasernenhofe wieder ins Familienheim und an die Arbeitstätte zurückkehrt. Mit der idyllischen Familiengruppe mag es sein Bewenden haben, obgleich auch sie gar oft durch die widerwärtigen aller Sorgen eine sehr mitleidige Ländche erhält; aber was das Juristendeckeln zu den Berufs- pflichten betrifft, hapert es da häufig sehr bedenklich. „Der Flah ist besetzt“, heißt es in zahlreichen Fällen und der Arbeiter, der durch die Reserve-Übung der heutigen Gesellschaft ein erdrückend schweres Opfer dargebracht hat, mag nun sehen, wie er sich weiter hilft. Den Staat, der auch vom Proletarier die schwersten Pflichten verlangt, kümmert die Zukunft eines solchen Bürgers nicht im geringsten, und der Unternehmer macht sich erst recht keine Sorge darum, wo der Ausgebeutete bleibt, ja er scheint in vielen Fällen überhaupt garnicht zu begreifen, daß gerade vom gesellschaftserhaltenden Standpunkte aus zum mindesten eine Art moralischer Verpflichtung für ihn vorliegt, dem Reservisten oder Landwehrmann das moderne Elend nicht in seiner schlimmsten Gestalt kosten zu lassen.

Zur Illustration der kapitalistischen Denkungsart führen wir aus einer statistischen Anzahl derartiger Fälle nur zwei an. Ein Klempner legte uns folgendes Zeugnis vor, das ihm von seinem früheren „Arbeitgeber“, Eduard S., am 4. Juni angefertigt worden ist: „Hiermit bescheinige ich, daß der Klempner N. N. von . . . bis . . . bei mir zu meiner Zufriedenheit gearbeitet hat. Derselbe wurde dann zu einer Unheilung eingezogen, und mußte die Stelle inzwischen an der weitig besetzt werden.“ In einem anderen Falle hat das Delaturschloß von H. in der Neuen Grünstraße einen Arbeiter, der fünf Jahre dort thätig war, entlassen, weil er 14 Tage über mußte. Auch diese Stelle wurde inzwischen „anderweitig besetzt“.

Derartige Beispiele sind mehr wie die direkte Agitation unserer Partei geeignet, den noch zweifelnden Arbeiter von der Herrlichkeit des Klassenstaates und von seiner Pflicht, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, zu überzeugen.

Unter sittenpolizeilicher Kontrolle standen in Berlin zu Anfang des Jahres 1895: 4847 weibliche Personen, in den 20 Vorjahren (bis 1875 zurück): 4794, 4683, 4364, 4088, 3715—3392, 3068, 3008, 3598, 3724—3769, 3900, 3465, 3186, 3083—2767, 2547, 2386, 2241, 1986. Die Zahl der Kontrollbirnen hat in den letzten beiden Jahrzehnten mit einer merkwürdigen Gleichmäßigkeit erst zu, dann ab- und dann von neuem zugenommen. Die erwaute Zunahme trat nach 1887 ein. Sie war so bedeutend, daß 1895 um 61 pCt. mehr Personen unter Kontrolle standen als 1887. Diese Zunahme übertrifft die der Bevölkerung Berlins in demselben Zeitraum, auch diejenige nur der unverheirateten weiblichen Bevölkerung der hier in betracht kommenden Altersklassen, sehr erheblich. In den letzten Jahren jedoch ist bereits eine merkliche Verlangsamung der Zunahme eingetreten. Diese betrug nämlich 1890—91 noch 9,8 pCt., aber 1891—92: 7,8 pCt., 1892—93: 6,9 pCt., 1893—94: 2,8 pCt., und 1894—95 nur noch 1,1 pCt. Für die nächsten Jahre nach 1895 (Veröffentlichungen liegen erst bis Anfang 1895 vor) darf man, wegen der inzwischen eingetretenen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Wiederrückkehr der Arbeitslosigkeit, einen Stillstand und wahrscheinlich sogar einen erneuten Rückgang der Zahl der Kontrollbirnen — wie schon einmal in den Jahren 1888—87 — erwarten; denn die größere oder geringere Schwierigkeit des Erwerbes ist von wesentlichem Einfluß auf den Umfang der gelegentlichen, wie der gewerbmäßigen Prostitution und infolge dessen auch auf die Zahl der Kontrollbirnen. Außerdem kommt itreilich auch die jeweilige Zu- oder Abnahme des Eifers, mit dem die Polizei die gewerbmäßige Prostitution überwachen zu müssen glaubt, als mitwirkendes Moment in betracht. Das Auf- und Ab- und wieder Aufsteigen, das in der oben mitgetheilten Zahlenreihe so auffällig hervortritt, läuft in der That ziemlich parallel dem Wechsel des Erwerbes der Existenzerschwerung, unter der die beschlossene Klasse in dem fraglichen Zeitraum bald mehr, bald weniger zu leiden gehabt hat. Es verhält sich hiermit ebenso, wie mit den periodischen Schwankungen des Anfanges der Bettelplage, des Bagabundenhums, der Eigentumsvergehen etc. Die privatisirten Tageswächter wollen allerdings von einem Einfluß der Existenzerschwerung auf den Umfang der Prostitution nichts wissen. Sie jammern in der Regel nur über die Zunahme der „Unsitlichkeit“, wenn sie wahrnehmen, daß die Prostitution wieder einmal im Wachsen ist, und empfehlen ihr Alibi-Mittel: Mehr Religion.

Ein fettes Jahr ist für die Berliner Packerfahrt-Gesellschaft wiederum das nun abgelaufene 18. Geschäftsjahr gewesen. Die Betriebseinnahme hat sich nämlich von 1612 777 M. in demselben auf 1 718 328 M. vermehrt. Gewiss ein erfreuliches Resultat für die Interessenten! Doch das Lebensungemüthe Freude ward bekanntlich keinem Sterblichen zu theil, und so ist auch in den Freudebecher der Aktionäre ein bitterer Vermuthungsstropfen hineingetröpfelt. Trotz der vermehrten Betriebseinnahme fällt die Gewinntheilung doch niedriger aus als im Vorjahre. Und daran sind wieder einmal die bösen Arbeiter schuld. Der Geschäftsbericht führt nämlich als hauptsächlichste Ursache dieser bescheidenen Erscheinung die seit Anfang Mai vorigen Jahres notwendig gewordene Erhöhung der Löhne an, wodurch eine wesentliche Belastung des Lohn- und Gehaltskontos herbeigeführt worden sei. Dieses Konto ist von 801 655 M. auf 1 033 454 M., also um 231 799 M. gestiegen. Aus der Bilanz ist zu ersehen, daß die Gesellschaft für die Angestellten an Löhnen und Gehältern 1 033 454 M., an Beiträgen zur Krankenkasse 7044 M., an Beiträgen zur Invaliditäts- und Altersversicherung 6075 M., an Beiträgen für die Fuhrwerks-Versicherungsgesellschaft 6321 M., für Kleidung 17 793 M., zusammen 1 070 799 M., das sind ca. 60 pCt. der gesamten Einnahme, aufgewendet hat. Wie schön wäre es, wenn die Gesellschaft gar keine Arbeiter brauchen würde. Doch die Aktionäre können sich immerhin trösten. Die Arbeitslosen sammeln ihnen ja den goldenen Honig, und so sieht ihnen trotz alledem immer noch eine Dribbinde von 20 pCt. zu. Damit kann man es schon einigermaßen aushalten!

Zur Abschaffung des Trinkgeldes im Barbiergeverbe wird uns aus Gehilfenkreisen geschrieben: Die Innungsmeister im Barbiergeverbe betreiben sehr mit Hochdruck die Abschaffung des Trinkgeldes. Wenn wir, die Angehörigen der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen, uns im Prinzip mit diesem Streben einverstanden erklären, weil das Trinkgeld, wie jedes Almosen, demoralisierend wirken muß, so müssen wir doch gegen die Art, wie die Reform von den Innungsmeistern betrieben wird, Einspruch erheben. Den Anstoß zur Meisterbewegung haben einige Entscheidungen der Kammer VI des Berliner Gewerbegerichts, sowie gleiche Entscheidungen des Gewerbegerichts zu München gegeben, die dahin gehen, daß alles Geld, welches die Kunden über die im Geschäft übliche Tare hinaus bezahlen, den Gehilfen gehört. Diese Urtheile brachten die Innungsmeister aus dem Häuschen, und es fehlte nicht an sorgfältigen Worten über die „sozialdemokratische“ Rechtsprechung. Die Herren von der Innung haben es nun vermögend der ihnen zugestandenen Privilegien fertig gebracht, in das „Attebuch“, das den Gehilfen ausgeschrieben wird, eine Bestimmung einzufügen, wonach diese gezwungen werden, generell auf Trinkgeld zu verzichten; andere Meister lassen sich herbei, den Gehilfen das Trinkgeld abzulassen, indem sie etwa 1 oder 2 M. mehr Wochenlohn als üblich gewähren. Solche Maßnahmen zwingen die elend begahlten Gehilfen förmlich, eine Lohnherabsetzung anzustreben, die um so energischer ins Auge gefaßt werden dürfte, als die Art der Aufbesserung ihrer Lage, welche ihnen vor kurzem bei Einführung der Preiserhöhung zugesichert worden ist, mandem die Augen darüber geöffnet hat, was ein Meisterwort gilt. Also Abschaffung des Trinkgeldes, aber gleichzeitige Lohnherabsetzung, das ist die Parole, unter der die Barbiergehilfen hinfert kämpfen, und die

ihnen, wie sie hoffen, die Unterstüßung des Arbeiterpublikums sichern wird.

Die beträchtlichen Mengen von Feuchtigkeit, welche uns der diesjährige „schöne Mai“ beschert hat, werden recht deutlich illustriert durch die Zahlen, welche auf der Sorauer Regenstation für das königliche Meteorologische Institut zu Berlin festgesetzt worden sind. Dierach betrug die Gesamtsumme der Niederschläge für den Monat Mai 118,2 Millimeter. Die größte tägliche Niederschlagsmenge von 29,2 Millimetern fiel am 5. Mai. Es wurden 20 Niederschlagstage und keiner unter 0,2 Millimeter gezählt. Nebel herrschte an 8 Tagen. Schnee wurde nicht beobachtet, wohl aber an 2 Tagen „Graupeln“. Gewitter kamen an 5 Tagen vor.

Es ist Eßig mit der Harmonie. Bürgerliche Blätter melden: Das „Fährmanns-Fest“, das alljährlich am Freitag nach Pfingsten die Droschken-Fahrerinnen und -Kutscher feiern, fand dieses Mal nur eine sehr schwache Betheiligung. Als Grund dafür gaben die Leute schlechten Verdienst an. Gerade im Droschkenfuhr-Gewerbe ist der Kampf zwischen Angefallten und Unternehmern seit einer Reihe von Jahren derart zugespitzt, daß für ein gemeinsames Fest kein Boden mehr vorhanden ist.

Ueber den diesjährigen Pflugscharrverkehr der Stadt- und Ringbahn werden folgende Zahlen bekannt. Am Sonntag wurden befördert rund 239 000, im Vorortverkehr 109 000, zusammen 348 000 Personen, gegen 421 000 Personen im Vorjahre. Am Montag wurden 287 000 Personen im Stadt- und Ringbahnverkehr und 124 000 im Vorortverkehr, zusammen 411 000 befördert, gegen 418 000 im Vorjahre.

Der Uebergangskrieg auf Gesundbrunnen. Uns wird berichtet: Der Haus- und Grundbesitzer-Verein Gesundbrunnen ist an den zuständigen Stadtrat mit der Bitte um beschleunigte Durchführung der Christiania- und Bellermaunstraße über den alten Bahndörper der Stettiner Bahn herangetreten. Von der Stadt erhielt darauf der Grundbesitzer-Verein die Antwort, daß Ueberhandlungen dieserhalb bereits mit der Eisenbahndirektion schweben. Da vertragmäßig jedoch sofort nach Einstellung des Bahnverkehrs auf der alten Strecke der Stettiner Bahn die genannten Uebergänge in den Besitz der Stadt übergeben sollten, so hat die Einwohner-Schaft des Gesundbrunnens diesen Beschluß gewissermaßen als eine Kriegserklärung aufgefaßt. Die den Uebergang trennenden Planken werden von den Einwohnern in den Nachstunden besetzt und durch Arbeiter der Stettiner Bahn am Tage wieder neu aufgestellt. Da man von dem Unwillen der Gesundbrunner Einwohner anscheinend auch ein Einreisen der gemauerten Eisenbrücke befürchtet, so ist dieser Tage das Bauwerk dieses Durchganges noch besonders besetzt worden. Hoffentlich wird diesen unhaltbaren Zuständen auf dem Gesundbrunnen nun scheinlich ein Ende gemacht werden.

Bei der Neuen Berliner Omnibusgesellschaft sind 3 J. sechs Kontrolloren angestellt, eine Johi, die mit dem 1. Juli d. J. auf die Hälfte reduziert wird. Grund zu dieser Personalverminderung ist der Umstand, daß bei der Direction der Gesellschaft zahlreiche Beschwerden aus dem Publikum einliefen, daß auf den Fahrten eine zu häufige Störung durch Fahrkarten-Kontrollen stattfände. Wann werden die Verkehrs-Gesellschaften endlich zu der Einsicht kommen, daß die für das Publikum wie für die Schaffer im Grunde beleidigenden Kontrollschereien überhaupt abzuschaffen sind?

Konfigiert wurde Nr. 20 der illustrierten Wochenschrift: „Der Reporter“, Verlag von Krefse, Benz u. Co., Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 56. Den Grund der Beschlagnahme bilden „Sittlichkeitsbedenken“, veranlaßt durch die Veröffentlichung von zwei Portraits, welche die Färsin Schimay in Tricotis darstellen.

In Sachen des Attentats auf den Polizei-Oberst Krause ist, wie die „Post“ wissen will, ein Verfahren über den Uermacher Richard Heilmann eingeleitet worden, welcher seiner Zeit viel in dem Späthischen Anarchistenklub verkehrte und dort die Mitglieder zu Gewaltthaten und Brandstiftung angefordert haben soll. Die Anarchisten Landauer und Spohr hatten dies im Koschmann-Prozess unter ihrem Eide ausgesagt. Heilmann hat bekanntlich durch Selbstmord gendel.

Der Berliner Arzt Dr. Siegfried Rosenthal, der vor einigen Jahren ein Sittlichkeitsverbrechen an einer Patientin verübte und sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht entzog, hat sich jetzt in Hoboken (Amerika) durch Gift das Leben genommen. Rosenthal, der schon in vorgerücktem Alter stand, war es nicht gelungen, in der neuen Heimath festen Fuß zu fassen. Er geriet zuletzt in die drückendste Nothlage und machte, nachdem auch ein Versuch, als Lehrer sein Brot zu finden, mißlungen war, mittels Strychnins seinem verfliehen Dasein ein Ende.

Einen Zusammenstoß auf der Eisenbahn hatten, wie nachträglich bekannt wird, zahlreiche Berliner Reisende am Mittwoch Nachmittag um 1 Uhr in Waren in Mecklenburg zu bestehen. Der Personenzug von Warnemünde lief, weil das Einfahrtszeichen zu früh gegeben worden war, auf einen rangirenden Güterzug auf, von dem zwei Wagen umgeworfen wurden. Ein Rangier wurde schwer verletzt. Das Gleise wurde gesperrt, der Verkehr durch Umwegen aufrecht erhalten. Die Berliner Reisenden kamen hier mit einer Verspätung von 3 Stunden an.

Ueber die Tragödie eines Hauswerkes-Gelehrten meldet der Polizeibericht: Gestern erhängte sich der 17-jährige, elternlose Drecker-Gelehrte P. aus dem Woden seines Lehrers, nachdem er sich heimlich aus der Lehre entfernt hatte und nach Rückkehr den Meister vergeblich gebeten hatte, ihn aus der Lehre zu entlassen. Welches Elend mögen diese kurzen Zeilen andeuten!

Von der holländischen Polizeibehörde angekessert wurde der Bankier Otto Hauss aus Berlin, der von der Staatsanwaltschaft beim hiesigen Landgericht I wegen betrügerischen Bankrotts heftiglich verfolgt wurde, nachdem er sich seiner Zeit der Verhaftung durch die Flucht nach Holland entzogen hatte. P. wurde zunächst in Emmerich zur Haft gebracht, da sein Transport nach Berlin durch einen hiesigen Zivilltransporter erfolgen soll.

Verschwinden ist seit einigen Tagen der 22 Jahre alte Feuerwehrmann Hermann Engel aus der Pallasstraße 8/9. Ueber seinen Verbleib weiß man nichts.

Bei der Kartenlegerin wurde am Donnerstag Abend die 34 Jahre alte Frau des Vergolders Steve, Emilia geb. Danke! aus der Schöndolgerstr. 7 vom Tode überrascht. Die Frau ging abends gegen 9 Uhr zu einer Frau S. in der Gerichtstraße, um sich von ihr aus den Karten die Zukunft offenbaren zu lassen. Plötzlich brach sie zusammen und alsbald verschied sie an einem Herzschlage.

Einen töhnen Fluchtversuch unternahm gestern ein schwerer Verbrecher im Polizeipräsidial-Gebäude am Alexanderplatz. Vor einigen Monaten wurde in der Wäckerstraße ein „Sonntagsthaeder“ auf frischer That ergriffen. „Sonntagsthaeder“ werden solche Verbrecher in der Verbrecherprache genannt, welche des Sonntags nachmittags in Wohnungen eindringen, deren Inhaber spazieren gegangen sind. In diesem Menschen hatte man glücklich einen Verbrecher gefaßt, dem bereits eine recht erhebliche Zahl schwerer Diebstähle zur Last gelegt wurde, obwohl er noch nicht lange aus dem Zuchthause entlassen worden war. Sein gestriger Transport vom Untersuchungsgefängnis nach dem Polizeipräsidium war zu dem Zwecke erfolgt, damit er nach dem Verillon'schen System gemessen würde. Während der Vorbereitung zu diesem Akte gelang es dem Gefangenen, zu entfliehen. Mit schnellen Schritten aus einem Korridor in den andern verschwindend, hatte er beinahe den Ausgang aus dem Gebäude erreicht, als ganz zufällig ein Kriminal-Schumann aus einer Thür trat, der bei der Verhaftung des Verbrechers mitgewirkt hatte und denselben genau kannte. Mit schnellem Blick die Situation erkennend, packte er den Flüchtling und brachte denselben wieder nach „Kammer Sicher“. Auf die Frage, warum er ausgeflücht sei, erwiderte der Gefangene: „Herr Wachmeister, daß können Sie mir doch nicht verdenken, da ich 15 Jährchen Zuchthaus sicher vor mir habe, thut man, was man kann!“

Durch seine Mutter aus dem Wasser geresst wurde am Donnerstag Nachmittag um 5 1/2 Uhr das etwa 3 Jahre alte Söhnchen von Schifferleuten, die ihre Zille aus dem Humboldt-

hafen durch die Menbrücke nach der Spree stakten. Die Mutter, die am Steuer stand, hatte zwei Kinder bei sich, während ein drittes, ein Knabe, in dem nachgeschleppten Sicherheitsboote saß und spielte. Der Junge verlor auf einmal das Gleichgewicht und fiel aus dem Boot ins Wasser. Das Publikum, das von der Menbrücke der Fahrt des Kahnens zusah, schrie auf und machte die Mutter auf den Unfall aufmerksam. Im selben Augenblick war die Frau auch schon vom Steuer in das Boot hinabgesprungen, sagte den Knaben, der eben wieder hochgekommen war, zog ihn ins Boot, hieg mit ihm auf den Kahn, gab ihm einen Klaps, brachte ihn in die Kajüte und stellte sich wieder in aller Ruhe ans Steuer, als ob nichts vorgefallen wäre. Das ganze Rettungswerk spielte sich so schnell ab, daß der Vater des Knaben, der mit dem Bootshafen gelaufen kam, um den Sohn aus dem Wasser zu ziehen, das Werk schon vollendet fand und nichts mehr zu thun hatte.

Durch ein unglückliches Stitterthor wurde auf dem Grundstück der Brauerei Sauerwey-Garten am Friedrichshain die 8 Jahre alte Tochter des Schuhmachers Franke schwer am Kopfe verletzt und ihr außerdem ein Bruch des rechten Oberarms zugefügt. Kurz vor dem Unfalle soll ein Arbeitswagen hart an das Stitterthor angefahren sein und dasselbe so beschädigt haben, daß, als ein Knabe daran heruntersteigte, es umfiel und auf die kleine Franke fiel.

Das räthselhafte Verschwinden eines achtjährigen Mädchens aus Kremen Namens Helene Meinicke beschäftigt die Behörden. Das Kind wird seit dem 1. Juni vermißt. Anfangs vermutete man einen Lustmord. Jetzt veröffentlicht die Staatsanwaltschaft eine Bekanntmachung, wonach angenommen wird, daß das Mädchen von dem nahezu 60 jährigen Arbeiter Johann Peters entführt sei. Die Staatsanwaltschaft erläßt um Recherchen nach den Genannten und um Festnahme des Peters.

Theater. Im Deutschen Theater mußte vorgestern „Die verfluchte Glocke“ wegen plötzlicher Unpäßlichkeit des Frl. Stiglitz nach in letzter Stunde abgelehrt und statt dessen „Einmal Menschen“ gegeben werden. Infolge dessen erreicht das Stück seine 100. Aufführung erst am Montag, den 14. Juni, zugleich als letzte Vorstellung vor den Ferien. — Im Schiller-Theater findet am Sonntag keine Nachmittags-Vorstellung statt, in der Abend-Vorstellung gehen die „Deutschen Schwanke aus vier Sektoren“ in Szene.

### Aus den Nachbarorten.

Unser Parteigenosse Reheran in Nixdorf verläßt am Sonntag das Sommerdöhl am Rollenmarkt, wo er wegen angeblicher Gendarmenbeleidigung, die er bei Ausübung seiner Gemeindevertreterpflicht begangen haben soll, für zwei Monate Haft nehmen mußte. Wir rufen unserem Genossen ein herzlich Willkommen zu und sprechen den Wunsch aus, daß das Gesingnis seiner Gesundheit keinen allzu großen Schaden zugefügt haben möge. Auch weiterhin wird Reheran mit Mut und Ausdauer seine Pflicht erfüllen. Die Parteigenossen von Nixdorf.

Am Sonntag Nachmittag 8 Uhr findet in den Viktoriasälen ein gemüthliches Beisammensein statt. Der Vertrauensmann.

Eine Entschädigungsfrage gegen den Berliner Magistrat will der Besitzer des Wirthshauses zum Pankefrazen zu Panlow einreichen. Die Panke ist augenblicklich angeblich durch undrainirte Abwässer der bei Wlantenburg und Falkenberg belagerten Rieselfelder in einem so hohen Grade verunreinigt, daß das Baden in der zum Wirthshaus gehörigen Anstalt polizeilich verboten wurde.

Angעהobene Viehmärkte. Wegen der in Rossenheide, Kreis Niederbarnim, eingeschleppten Maul- und Klauenseuche hat der Landrath von Oppen die Abhaltung des für den 25. d. M. in Wernuchen bestimmt gewesen Viehmärktes untersagt. Um einer weiteren Verschleppung der Seuche vorzubeugen, hat auch der Landrath von Waldow die Viehmärkte am 15. Juni d. J. in Liebenwalde und am 22. Juni d. J. in Oranienburg aufgehoben.

Eine kaum glaubliche Erhebung der Lustbarkeitssteuer wurde kürzlich in Posen in der Lausitz einer — Schullasse gegenüber zur Anwendung gebracht. Vor einigen Tagen wurde bei der Polizei ein Antrag einer Knabenklasse nach Mültau angemeldet und zugleich um die Erlaubnis nachgeschickt, mit Trommeln und Pfeifen vom Schulhofe nach der „Giche“, einem bei der Stadt gelegenen Vergnügungsorte, wo die Wagen bestiegen werden sollten, zu marschiren. Dem Klassenlehrer wurde jedoch von der Polizei bedeutet, daß die Genehmigung zu einem solchen Ausflug erst nach Erlangung einer Lustbarkeitssteuer von 1,60 M. erteilt werden könne. Um den Kindern das Vergnügen nicht zu stören, entschloß sich denn auch der Lehrer, diese sonderbare Steuer zu zahlen.

### Kunst und Wissenschaft.

ct. Der Berliner Magistrat hat es abgelehnt, für die diesjährige Kunstausstellung Preise aus städtischen Mitteln zu bewilligen. Im Vorjahre waren 12 000 M. gegeben worden.

ct. Der verstorbene Berliner Stadtrath Löwe hat dem Museum über 100 von namhaften Künstlern gemalte Miniaturbilder vermacht. Die Rahmen der Bilder bestehen aus Silbernen mit Filigranarbeit geschmückten Schalen, wie sie in Oberbayern, besonders in der Umgebung von Tölz, an Hüten, Gürteln etc. getragen werden.

Wie aus Paris berichtet wird, soll dort unter dem Patronat deutscher, englischer und französischer Kritiker, wie Archer, Brandes, Erich Schmidt, Sarcen, Fagnet etc., eine Probekühne geschaffen werden, auf der alljährlich ein Duzend Werke der ausländischen, d. h. nichtfranzösischen Dramatik in französischer Uebersetzung aufgeführt werden soll.

c. e. Die Gesangs-Soubrette Fran Kopacsi-Karczag ist von Herrn Conried, Director des Irving Place-Theaters in New-York, für hundert Gaspelabende engagirt worden.

### Gewichts-Beitrag.

Auf einer Polizeiwache arg gemißhandelt worden zu sein, behaupten die Schloffer Hermann Köppen und Casper Brune, welche sich gestern wegen Widerstands, versuchter Gefangenensbefreiung, Verleumdung, Mißhandlung, groben Unfugs und Nichtbefolgung einer Schutzmanns-Aufforderung vor der 134. Abth. des Amtsgerichts I zu verantworten hatten. Am 15. Februar cr. abends waren die beiden bescheinigten Angeklagten in einem Schanklokal in der Paulstraße mit dem Wirth in einen Streit gerathen, in dessen Verlauf Brune mit einem Billardqueue einen Schlag über den Kopf erhielt, daß er blutete. Beide begaben sich auf die Straße und verlangten von dem herbeigeholten Schutzmann Gottschalk die Feststellung des Wirths. Gottschalk erwiderte, daß sei nicht nöthig, da er den Wirth kenne, wenn sie glaubten, daß ihnen Unrecht geschehen sei, sollten sie am nächsten Tage auf die Wache kommen. Nach der Behauptung des Schutzmanns Gottschalk beschuldigten sich aber die Angeklagten nicht, sondern scandalisiren weiter, sodas ein großer Menschenauflauf entstand, und versuchten in das Lokal hineinzudringen. Der Aufforderung, nach Hause zu gehen, folgten sie nach der Bekundung des Beamten nicht, sie wollten auch nicht mit zur Wache, deshalb sagte der Schutzmann den Köppen am Arm. Köppen rief sich aber, wie der Schutzmann bekannt, los und rief, er würde ihm mit der Kanne auf den Kopf schlagen, wie er es schon einem Beamten gethan. Jetzt soll sich auch Brune dazwischen gedrängt haben, sodas Gottschalk seine Nothwehr erörtern lassen mußte und außerdem einen Jungen um Beistand schickte. Dieser wurde ihm durch den Schutzmann Cndulat, welcher Brune Handfessel anlegte und ihn fortführte, während Gottschalk sich mit Köppen zu schaffen machte. Köppen soll unterwegs sich mit den Fäßen gestemmt, sich zu Boden geworfen und auf andere Weise Widerstand geleistet haben. Beide Angeklagte bestreiten diese Behauptungen der Beamten ganz entschieden, namentlich will Brune, der selbst 6 Monate bei der Schutzmannschaft war, sich durchaus ruhig verhalten haben. Auf der Wache selbst sollen die Angeklagten sich nach Be-





Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Kartelle in Deutschland; der österreichische Kartell-Gesetzentwurf. — Aus- und Einfuhr nach Deutschland; Allgemeine über die Handelsbilanz.

Die Fälschung und die Vergleichung der Fälschungsergebnisse durch längere Zeiträume hindurch, mit einem Worte die statistische Methode erscheint als einfachstes und sicherstes Mittel, um die Massenerscheinungen der Gesellschaft in ihrem Umfang und ihrer zu- und abnehmenden Tendenz zu messen. Sie hat aber zur Bedingung, daß die statistisch zu messenden Massenerscheinungen sich aus einfachen, gleichartigen Thatbeständen zusammensetzen müssen, da nur solche einer Fälschung, die sichere eindeutige und mit einander vergleichbare Resultate liefern soll, sich einfügen. Wo das nicht der Fall ist, wird die Fälschung immer durch die Beschreibung, die auf das Konkrete und die inneren Unterschiedlichkeiten der Thatbestände eingeht, ersetzt oder ergänzt und korrigiert werden müssen. So ist z. B. der Fortschritt der Kapitalkonzentration, wenn man darunter einfach das Wachstum der großen Geldvermögen versteht, ohne weiteres in statistischer Weise zu messen, während die in der Sphäre der Produktion sich vollziehende, in der wachsenden Anzahl der Großbetriebe sich ausdrückende Kapitalkonzentration schon um vieles schwerer einer klaren statistischen Darstellung zugänglich erscheint, da hier die Thatbestände sehr kompliziert und darum nicht von vorn herein vergleichbar sind. Die Zahl der durch die Dampfmaschinen repräsentierten Pferdekräfte und die Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Arbeiter sind nur ungenügende Anhaltspunkte, um eine Fälschung des in seiner unmittelbaren Wirklichkeit Unzählbaren zu ermöglichen. Noch schärfer treten diese Schwierigkeiten bei derjenigen Art der Kapitalkonzentration hervor, die sich durch den loseren oder festeren Zusammenschluß der Unternehmer in Kartellform vollzieht. Kartell ist ein Wort, das die verschiedenartigsten Vereinbarungen deckt. Eine Zusammenfassung der bestehenden Kartelle und eine Vergleichung dieser Fässer mit früher gesunden Zahlen sagt daher über die Art, die Bedeutung und Macht dieser charakteristischen, in der großen Industrie sich vollziehenden Bewegung noch außerordentlich wenig. Das schied auch Calwer, der in dem „Handelsmuseum“ und der „Sozialen Praxis“ einen sehr interessanten Ueberblick über die Kartellbewegung in Deutschland für den Zeitraum von 1891 und 1897 veröffentlicht, seiner Zusammenstellung voran. Grofmann hatte im Jahre 1891 in ganz Deutschland 103 Kartelle gezählt, die Zahl, zu welcher Calwer für den März 1897 kommt, ist 196. Das würde also, wenn beide Fälschungen mit gleicher Genauigkeit und nach gleichen Grundsätzen vorgenommen wären, eine Zunahme um 48, oder um etwa 30 pCt., bedeuten. Was die einzelnen Branchen betrifft, so weist gegenwärtig der Kohlenbergbau 8, die Eisenindustrie 34, die Metallurgie 6, die chemische Industrie 80, die Industrie der Steine und Erden 43, die Textilindustrie 30, die Papierindustrie und Buchdruckerei 18, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 7, die Lederindustrie 6, die Nahrungsmittel-Industrie 6, das Bekleidungs- und Textilgewerbe 1 und Handel und Verkehr 5 Kartelle auf. Viele dieser Vereinigungen sind aber oberflächlicher Art und bezwecken vornehmlich, die äußerlichen Bedingungen des Absatzes, die Zahlungsfristen und ähnliches zu regeln, viele bringen es nur zu losen Preisconventionen und Abmachungen über die Ausdehnung der Produktion und sind zudem auf verhältnismäßig eng begrenzte Marktgebiete eingeschränkt. Soll ausgewachsene, die Produktion wie die Verkaufspreise der beteiligten Betriebe dauernd und fest regelnde und zugleich den nationalen Markt weitläufig beherrschende Kartelle sind erst in relativ geringer Zahl vorhanden. So vor allem im Kohlenbergbau das 1898 gegründete rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat, welches im Vorjahre allein 89 Millionen Tonnen gefördert hat, und das seit 1890 bestehende Koalitionsyndikat in Bochum, zwei Vereinigungen, die den Kohlen- wie den Koalitionspreis im ganzen westfälischen Deutschland von sich aus regulieren. Sodann im Eisen- und Stahlgewerbe der rheinisch-westfälische Eisenerzeuger-Verband, der gegenwärtig nur noch eine zentralisierte Verkaufsstelle besitzt, und das im Vorjahre gegründete Grobblechsyndikat, sowie etwa noch einige andere Verbände derselben Branche. Hochentwickelt ist das Verbandswesen in der durch die Größe und geringe Anzahl der Betriebe von vornherein zu monopolistischem Zusammenfassen prädisponierten chemischen Industrie; für Kali, Pulver, Dynamit, Thon- und Zementwerke und Petroleum bestehen hier vollkommen durchgebildete Kartelle. Die Industrie der Steine und Erden weist gleichfalls eine Reihe kraft organisierter Kartelle, aber nur mit beschränktem Geltungsbereichen auf, während in den anderen, oben angeführten Branchen die Bewegung fast überall noch in bloßen Anläufen, in losen Vereinigungen, die noch des festeren Zusammenschlusses harren, stecken geblieben ist.

Die Tendenz hat, wie Calwer's Rückblick anschaulich hervor- treten läßt, auf den verschiedensten Gebieten während der 60er Jahre sehr bedeutende Fortschritte gemacht, wenn auch, wie gesagt, das Maß derselben zahlenmäßig sich nicht ausdrücken läßt. Der Druck der Konkurrenz und das wachsende Uebergewicht des eigentlichen Großbetriebes wird dafür sorgen, die zahllosen Anläufe immer entschiedener nach der Richtung starrer Zentralisation und monopolistischer Preisbildung weiterzutreiben.

Die Affoziation der Kapitalisten durch den Zusammenschluß in Kartellen schränkt die souveräne Freiheit den einzelnen Kapitalisten allerdings ein, aber nur um durch die Einschränkung den allgemeinen kapitalistischen Zweck gesicherter und möglichst hoher Profite um so wirksamer zu verfolgen. Auch die Verbände der Kartelle, die Ausdehnung und Einschränkung der Produktion dem wechselnden Marktbedarfe mit möglichst geringen Reibungen anpassen, dienen natürlich diesem obersten Ziele. Je mehr sich die Verbände ihrem Naturale, einer zentralistischen, nach dem Plane der Kartellleitung selbstherrlich regulierten Produktion und Preisfestsetzung nähern, je mehr es ihnen gelingt, alle entscheidenden Betriebe in jeder Branche ihrer Organisation anzuschließen, um so eindrucksvoller wächst die Uebermacht dieser großen Zwangsbunden des Kapitals über Konsumenten und Arbeiter an. Je mehr aber die Schutzwehren der freien Konkurrenz gegenüber der koalitierten Kapitalmacht jeden Dienst versagen, um so notwendiger ist es, die gewaltigen Organisationen durch eine noch gewaltigere, die unter den gegebenen Umständen nur der Staat sein kann, in gesellschaftlichem Interesse zu überwachen und zu kontrollieren. Eine Nothwendigkeit, die um so dringender erscheint, als die Staaten durch ihre, die Wirkungen der internationalen Konkurrenz abschwächenden Schutzpolitik den Boden für die Bildung nationaler Kartelle selbst geben haben. Nicht in der Herführung dieser Bildungen, deren kapitalistische einer späteren demokratisch-sozialistischen Zentralisation des Produktionsprozesses so wirksam vorarbeitet, nur in der fortschreitenden Kontrolle durch die Staatsmacht kann der Fortschritt liegen. Die in den Vereinigten Staaten, dem Mutterlande der Kartelle und Trustverbände gemachten Versuche, auf dem Wege der Straf- gesetzgebung vorzugehen, haben so gut wie gar keine Erfolge gehabt. Den Verbänden gelang es immer leicht, ihre Korporationsformen so zu ändern, daß sie den engen Paragraphen der Straf- gesetzgebung entgingen; auch zivilrechtliche Ansetzungen durch Personen, welche sich von dem Kartell geschädigt glauben, oder durch öffentliche Beamte, die bei Gericht beauftragt sind, die be- treffende Vereinigung als ungesetzlich erklärt und unter Straf- androhung zur Auflösung verurteilt werde, wurden in den Vereinigten Staaten vielfach versucht, boten aber selbstverständlich noch weniger die Möglichkeit eines ausreichenden Schutzes.

Der Kartell-Gesetzentwurf, welchen in letzter Zeit die österreichische Regierung dem Reichsrath kurz vor Beendi- gung der Session zugehellt hat, würde, auch wenn er angenommen werden sollte, schwerlich irgend erhebliche praktische Konsequenzen unmittelbar nach sich ziehen. Das Bedenken dieses Entwurfes liegt vielmehr in dem prinzipiellen Gedanken, daß die Kartelle, denen auf rechtllichem Wege, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht beizukommen ist, einer einschneidenden staatlichen Ober- aussicht unterstellt werden sollen.

Die freie Willkür der Eigentümer, die durch den Kartellvertrag im Interesse der Eigentümer beschränkt war, soll nun — das ist der in der Gesetzgebung neue Gedanke — durch die Staatsmacht im öffentlichen Interesse neu, den gesellschaftlichen Ueberlieferungen widersprechende Beschränkungen erfahren.

Allem Anscheine nach hat gerade die Exportprämienpolitik, durch welche in Deutschland so in Oesterreich die Zucker- industrie auf Kosten der Steuerzahler gefördert wurde, zu dem Gegenstande gedrängt. Die Wirkung dieser Prämien ist, ebenso wie in Deutschland, daß die inländische Bevölkerung den Konsum- zucker zu einem Preis bezahlen muß, der um den Betrag der Prämie über dem Weltmarktpreise steht. Aber diese Beibehaltung, heißt es in dem Motiven des Entwurfes, wird über das gegebene Maß noch hinausgetrieben, indem die Zuckerraffinerie sich zu weiterer Preis- steigerung verbindet, wodurch die volkswirtschaftlichen Zwecke der gesellschaftlichen Zoll- und Prämienpolitik wesentlich beeinträchtigt worden sind, trotz der der Allgemeinheit hierfür aufzubereiten Kosten. Die Agitation gegen das durch die Prämienwirtschaft begünstigte Zucker- kartell hat die Regierung, die zudem ihre Steuerinteressen durch eine solche Art Extraausbeutung bedroht glaubte, vorwärts getrieben. Das tritt auch in der Formulierung des Gesetzes selbst hervor, dem- zufolge nur solche Unternehmerverbände, die vom Staat in irgend einer Weise indirekt besteuerte Gegenstände, wie Zucker, Branntwein, Bier, Salz, Petroleum, produzieren und vertreiben, der Staatsaufsicht unter- stellt werden sollen. Um gültig zu sein, müssen derartige Kartelle Statuten, welche die Grundzüge des Vertrages enthalten, der Re- gierung einreichen. Die Staatsaufsicht führt das Finanz- ministerium, das zu diesem Zwecke Einsicht in alle Geschäfts- bücher des Kartells nehmen kann, und von wichtigen Beschlüssen der Kartelle sofort in Kenntniß gesetzt werden soll. Ihm steht auch — das ist die weitestgehende Bestimmung — das Recht zu, die Ausführung der über die Feststellung der Preise, der Produktionsmengen und Absatz- verhältnisse gefaßten Kartellbeschlüsse zu unter- sagen, wenn sie „in einer die objektive wirt- schaftliche Lage des betreffenden Industrie- zweiges nicht begründeten“ und die Steuer- und Konsumtionskraft „offensichtlich schädigenden Weise“ den Preis des Kartellproduktes steigern oder den Preis des von den Verbänden zu verarbeitenden Materials (hier ist wohl an die Rübenzuckerfabrikation zu denken) herabdrücken. Vor der Unterfertigung ist das Gutachten einer vom Finanzminister aus Ministerialbeamten und Sachverständigen zusammengesetzten Prüfungskommission einzuholen. Auf Uebertretungen des Kartellgesetzes werden Geld- und Arreststrafen gesetzt, auch ist das Finanz- ministerium jederzeit befugt, den Kartellen eine Konktion bis zum Betrage von 200 000 Gulden abzuverlangen. Ferner sind Uebertretungen der Kartellmitglieder auf Einstellung des Betriebes oder Entlassung von Arbeitern be- züglich Erzwingung einer Lohnverringerung oder ungesetzlicher Arbeitsbedingungen verboten, und auch hier soll die Uebertretung mit Geld- und mit Gefängnisstrafe, die bis zu 6 Monaten aus- gegeben werden kann, geahndet werden.

Für Oesterreich ein sehr kurioses Gesetz, das wohl auch nur als Schaugesetz dem Volke vorgelegt werden sollte! Dieselbe Regierung, die sonst vor der brutalsten Vergewaltigung der Arbeiterschaft nicht zurücksteht, die vor wenigen Monaten erst, wie die Wiener „Arbeiter- Zeitung“ erinnert, die Eisenbahner-Organisationen zertrümmert hat, spielt sich auf einmal hier als Gegnerin kapitalistischer Willkür, als Schutzherrin der Arbeiter auf! Sie verlangt Vollmachten für sich, für deren sachgemäße Ausführung die Vorbereitungen einzuweisen noch gar nicht ausgebildet sind, denn nach welchen Kriterien will das souveräne Finanzministerium samt seiner Kommission darüber entscheiden, wann die Feststellung der Preise durch die „objektive, wirtschaftliche Lage“ nicht begründet ist und „schädlich“ wirken wird? Vollmachten, die, wenn mit ihnen Genug gemacht werden soll, dieses durchaus plutokratische feuda- listische Regierungssystem in den schärfsten Gegensatz zur Kapital- macht hineintreiben müßten! Es ist schwer zu glauben, daß die Regierung selbst die Annahme ihres Entwurfes wünschen sollte! Immerhin, wie unreif die österreichische Verhältnisse für eine solche Politik sein mögen, wie widerspruchsvoll sie erscheint, welche ge- heimen Absichten und Zwecke sich hinter dem Entwurf verbergen mögen, die Thatfache, daß ein solcher Entwurf mit Rücksicht auf Popularität eingebracht werden konnte, ist ein wirklich sicheres Zeichen der Zeit, ein Zeichen, wie unter dem Druck der Verhältnisse die alten Vorurtheile sich auflösen, wie der Gedanke immer unwiderstehlicher sich aufdrängt, daß im gesellschaftlichen Interesse der Staat in die Kreise der dem Monopole ausulternden großindustriellen Produktion eingreifen haben wird. Die Reime zur gesellschaftlichen, durch den Staat vermittelten Kontrolle der Produktion sind weiterhin in dem sozialen Reichthum verstreut, und mit ihnen wachsen neue, wenn auch oft noch wunderbar mit Altem verquickte Vorstellungen heran. Wer kann sagen, ob die Zeiten fern sind, wo das in diesem wunderlichen Gesetzentwurf ausgesprochene Prinzip, ausgebildet, erweitert, von bürokratischen Schranken be- freit, vielleicht in den vorgeschrittensten Nationen zu fruchtbareren Leben erwachen wird?

Ausfuhr wie Einfuhr Deutschlands weisen im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem ersten Quartale des Jahres 1896, das freilich in Verhältnis zu den Vorjahren eine sehr bedeutende Steigerung zeigte, bereits ein Nachlassen auf, obgleich auf vielen Gebieten, vor allem im Kohlenbergbau, die lebhafteste industrielle Thätigkeit des Jahres 1896 sich noch fortsetzt. Der Werth der aus Deutschland im ersten Quartal 1897 ausgefuhrten Waaren belief sich auf 890 Millionen Mark und blieb hinter dem entsprechenden Ausfuhrwerthe des Jahres 1896 um 24 Millionen Mark zurück, der Werth der deutschen Waareneinfuhr im ersten Quartal 1897 betrug 114 Millionen Mark und blieb ebenfalls hinter dem entsprechenden Einfuhrwerthe des Vorjahres, um 56 Millionen, zurück. Eine Vergleichung der Aus- und Einfuhrwerthe zeigt, daß im letzten Quartal allein für 289 Millionen Mark mehr Waaren nach Deutschland ein- als ausgefuhr worden sind. Und dieses kolossale Ueber- wiegen der Einfuhr ist nicht die zufällige Erscheinung eines Vierteljahres, die etwa durch vermehrte Ausfuhr- siffern in den anderen Jahreszeiten ausgeglichen wird, sondern ein ständiges Verhältnis. Das Jahr 1887 war das letzte, in welchem der Werth der deutschen Ausfuhr den Einfuhrwerth noch einmal um eine Kleinigkeit, um 1 1/2 Mill. Mark, überholte, gleich das nächste Jahr zeigte bereits ein Ueberwiegen der Einfuhr, eine „Mehrereinfuhr“ von 88 Mill. Mark, und seitdem bleibt die Handelsbilanz dauernd passiv, d. h. weist einen dauernden Ueberschuß der eingefuhrten über die ausgefuhrten Waarenwerthe auf. Die jährliche Mehrereinfuhr bewegt sich seitdem zwischen 821 und 1284 Mill. Mark. In Frankreich und England ist das Verhältnis ganz dasselbe, dort schwankt die

Mehereinfuhr während der letzten 9 Jahre zwischen 846 und 1198 Millionen Franks, hier zwischen 140 und 201 Mill. Pfd. Sterling. Gerade diejenigen Länder, in denen der Kapitalreichtum besonders entwickelt ist, haben dauernd eine stark „passive“ oder „ungünstige“ Handelsbilanz; freilich nicht sie allein, mehr oder weniger zeigt eine bunte Reihe anderer europäischer Staaten, wie die Schweiz, Italien, Spanien und Portugal, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen dasselbe Symptom. Eine „günstige“ Handelsbilanz weisen dagegen Rußland und Oesterreich und im Durchschnitt auch die hochentwickelten Vereinigten Staaten auf.

Bei der großen Verschiedenartigkeit der Länder, denen eine „günstige“ resp. „ungünstige“ Handelsbilanz gemeinsam, liegt es auf der Hand, daß die wirtschaftlichen Ursachen, die das Ueberwiegen der Einfuhr resp. des Ausfuhrwerthes in ihrem Rußenhandel be- stimmen, gleichfalls sehr verschiedener Art sein müssen und sich nicht unter eine einheitliche Formel bringen lassen.

Die Vorstellung, daß ein Ueberwiegen der Einfuhrwerthe eine „ungünstige“ Handelsbilanz sei — was durch die kapitalistische Welt- blick der größten Einfuhrüberschüsse aufweisenden Staaten heute so drohlich widerlegt wird — weist auf merkantilistische Vor- stellungen zurück, die in der Vermehrung der nationalen Waar- gelder eine der wichtigsten Aufgaben nationaler Handelspolitik sehen. Die Waareneinfuhr, konnte man von diesem Standpunkt aus danach mit einigen Rechten räsonnieren, bringt durch den Verkauf im Auslande neues Geld ins Land, wogegen die Einfuhr Geld aus dem Lande heranzieht. Galtten sich Aus- und Einfuhr des Gleichgewichts, oder balanzirt der Außenhandel, so gleichen sich die zu zahlenden Summen, ohne daß wirkliches Geld ab- oder zuzuführen brauchte, durch Kauf und Verkauf von Wechseln gegen- seitig aus. Sobald einer dieser beiden aber bedeutend überwiegt und seine Ausgleichung hat, muß nothwendig eine Vermehrung oder Verminderung des nationalen Geldbestandes eintreten. Beim Ueberwiegen des eingefuhrten Waarenwerthes muß der an das Aus- land zu zahlende Geldüberschuß nothwendig dorthin abfließen, wogegen beim Ueberwiegen des ausgefuhrten Waarenwerthes ein entsprechender Zufluß von Geld nach dem Inlande fließt. Dieses ist nach merkantilistischer Ansicht eine günstige Handels- bilanz, da es den nationalen Waarenbestand erhöht, jenes eine un- günstige, da es ihn mindert, und diese Abminderung noth- wendig eine Einbuße an nationalem Reichthum bedeutet.

Daß der kapitalistische Reichthum nicht von der Anhäufung von Edelmetall und Baargeld in dieser Weise abhängig ist, gehört seit langer Zeit zu den verbreitetsten Einsichten. Die Entwicklung des Bankwesens demonstriert es auch dem kurzschichtigsten Auge vor, daß die Entwicklung von Handel und Industrie, so wenig sie auch einen Fonds von Baargeld vermehren können, keineswegs an die möglichst hoch gesteigerte Anhäufung solcher Geldmassen gebunden ist, daß vielmehr das System der Geldzeichen und Anweisungen ihnen eine von jener Schranke weit losgeriffene Bewegung gestatten. Und ebenso wenig ist es richtig, daß der Ab- und Zustrom des Geldes zwischen den Nationen durch die Handelsbilanz allein geregelt wird. Wäre das der Fall, so hätten ja gerade die kapitalistisch vorgeschrittensten Staaten Europas, die eine enorme Mehreinfuhr Jahr für Jahr zu bezahlen haben, ihre gesammte Baarschaft längst an das importirende Ausland abgeben müssen. Oder vielmehr, ehe es soweit gekommen wäre, hätte die Nachfrage nach Wechseln, um im Auslande die Schulden zu bezahlen, dem Waareneport aus diesen Ländern einen so starken Antrieb gegeben, daß durch die vermehrte Ausfuhr nach dem Auslande der frühere Einfuhr-Überschuß bald eingeholt wäre. Unter dem Druck der Verhältnisse hätte, ehe es zur Auswanderung des Geldes kam, die Handelsbilanz ihre „ungünstige“ Gestalt bald verlieren müssen.

Die Wirkungen, welche die Handelsbilanz auf die Bewegung des Geldes ausübt, werden vielmehr durch das, was Söbber die „Zahlungsbilanz“ genannt hat, ergänzt und korrigiert. Gerade die kapitalistisch vorgeschrittensten Länder haben Schuldenforderungen an das Ausland nicht allein aus den Waaren, sondern ebensowohl aus dem Kapitale, das sie dorthin ausfuhrten. Dem Geldüberschuß, den sie nach dem Stande der eigentlichen Handelsbilanz scheinbar herauszuholen haben, entsprechen die Geldfor- derungen, die sie vom Ausland als Zins für die enormen ihm ge- liehenen, oder als Gewinn aus den im Ausland angelegten Kapi- talien beziehen. Das ist der einfachste Modus, nach dem sich hier der Ausgleich vollzieht. Die Engländer, sagt man, sollen z. B. jährlich eine Milliarde Mark im Auslande anlegen, und auf hunderte von Millionen werden die jährlichen Zinsen geschätzt, die das Aus- land an die deutschen Kapitalisten zu entrichten hat. Das Aus- strömen des Kapitals aus den reichen Staaten in das Ausland, dessen Staatsschuldenscheine und Anlagepapiere höhere Zinsen, dessen Fruchtbildungen höhere Gewinne versprechen, ist eines der charakteristischsten Symptome hochentwickelter Kapitalistischer „Waaren- und Kapitalausfuhr“ wirken zusammen, um die zurück- gebliebenen Länder möglichst rasch und gründlich in den Strudel kapitalistischer Bewegung hineinzuziehen und das internationale Reich der Bourgeoisie zu erweitern. Nicht jede „ungünstige“ Handelsbilanz, wohl aber die der reichsten Länder ist ein Symptom dieser Bewegung.

Die kürzlich erschienene kleine Schrift von Rußland: „Die Handelsbilanz“ (Berlin, bei Otto Liebmann, 1897) bringt nicht wenig neues über den interessanten Gegenstand. Die Er- wartung, daß der Verfasser der „Sozialpolitik des Vaterlandes“, von dem man nach dem abgelegten Proben sich jeder in die Ohren klingenden Paradoxie versehen kann, die merkantilistische Bilanz- theorie in modern agrarischen Aufspinn zu erneuern suchen werde, wird nicht erfüllt. Wenn das ein Vorzug ist, so fehlt dem Büchlein auf der andern Seite jede methodische Vertiefung und Zuspitzung, welche das Marko an individuelen Partei-Interessen durch ein Plus von wissenschaftlichem Interesse ersetzen könnte. Man weiß nicht recht, wo der Verfasser mit der zitatenreichen Schrift hinaus will? C. S.

Eingeliefene Druckschriften.

- Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Fiebig's Verlag) ist soeben das 27. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: Nationalliberale Staatskunst. — Industrie und Finanzen. Von Theodor Kapteina. — Zwei politische Programme. — Symbolien. Von Ed. Bernheim. 1. Eine sozialistische Symbolik. — Die Große Berliner Ausstellungen. Von Johannes Gault. — Literarische Rundschau. — Reisen: Zur Ostküste der Schwarzsee. — Brüssel: Die Reliquien des Kardinals. — Ursprung von Wilmanns' „Säulen“. — Von der „Waldzeit“, Beilage für die Interessen der Arbeiterbewegung (Stuttgart, J. G. W. Fiebig's Verlag) ist soeben die Nr. 12 des 7. Jahrgangs er- schienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervorzuheben: Resolutions- des Reiches und Verfassungsentwurf des Reiches betreffend. — Tenthische Sozial- reformen. — Kritische Bemerkungen zu Genossen Braun's Vorschlag. X. Von Maria Robert-Brill. — Was der Bewegung. — Das Sollen. Von einer Marxistin. — Brüssel: Genauer Zeit. Von Henri Venterpou. (Fortsetzung und Schluß). — Dromedars. (Gebiet). — Von Goethe. — Keine Kinder. Die „Waldzeit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Beilage für 1897 unter Nr. 2003) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 30 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. — „Sozialistische Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik, enthält u. a. in ihrer Nummer Nr. 27 folgenden lesenswerten Aufsätze: Der Verfallungsbesuch der Arbeiterbewegung vom pädagogischen Standpunkte. Von Privatdozent Dr. J. Jahnson. — Allgemeine Sozial- und Wirtschaftspolitik: Entscheidung des höchsten Reichsgerichtes über die Unzulässigkeit der Konsumverwehren. — Weitere politische Politik. — Projekt u. Zweck. — Unternehmerverbände: Der öster- reichische Kartellgesetz-Entwurf. Von Dr. G. Rom. — Zentralverband der Industriellen in Oesterreich. — Arbeiterfrage und Gewerbe-Inspektion: Bau- arbeitsvertrag im Reichsrecht. — Gebietsverwaltung von Arbeiterfragen. — Inspektion in Verufen. — Arbeitsinspektion in Koburg-Gotha. — Gerichte und Abgrenzung. Von Theodor Kabelle. X. Sitzungen in das Braunschweig. Schaper u. Witten. Berlin.

**Gerichts-Beifung.**

Das Urtheil im Prozeß v. Tausch - v. Lüchow ist gegen den Verurtheilten v. Lüchow nicht rechtskräftig geworden. Rechtsanwalt Dr. Holz und Dr. Lubinsky haben gestern bei der Schwurgerichtschreiberei das Rechtsmittel der Revision eingeleitet; sie hoffen, falls das Reichsgericht das Urtheil aufhebt, daß alsdann die Vergehen Betrag und einfache Urkundenfälschung von der Strafkammer, die dafür nur zuständig ist, eine andere Verurteilung finden werden. Zur Verhängung seiner 1 1/2-jährigen Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des Staatssekretärs Marschall von Bieberstein und des Prinzen Alexander zu Dohnaloffe, deren Nest am 7. d. Mts. noch 1 Jahr betrug, ist Donnerstag v. Lüchow nach Plöcken gebracht worden. Ledert ist bei der Albumfabrikation beschäftigt und besetzt die Metallbeschläge auf den Albumdecken.

Das Vertheilen von Druckschriften - eine öffentlich bemerkbare Arbeit? Die brandenburgische Oberpräsidial-Verordnung vom 5. Oktober 1896 verbietet für die Sonn- und Festtage jede öffentlich bemerkbare Arbeit. Wegen die betreffende Bestimmung sollte sich unser Parteigenosse Gentsche dadurch vergangen haben, daß er den „Märkischen Landboten“ und die „Märkische Volksstimme“ am Sonntag, den 13. Dezember 1896 in einem Dorfe vertheilte. Die Vertheilung ging außerhalb der Kirchzeit vor sich. Er erfüllte seine Parteipflicht natürlich ohne Bezahlung. Das Schöffengericht verurtheilte ihn zu 1 M. Geldstrafe; von der Strafkammer wurde das Urtheil jedoch wieder aufgehoben. Sie begründete die Freisprechung damit, daß hier von einer öffentlich bemerkbaren Arbeit im Sinne der Oberpräsidial-Verordnung nicht gesprochen werden könne. Allerdings sei das Vertheilen von Druckschriften eine Arbeit, indessen habe G. sie nicht öffentlich bemerkbar verrichtet, da er die Schriften innerhalb der Häuser abgegeben habe. Im übrigen wolle die Verordnung nur solche Arbeit verbieten, die durch Geräusch öffentlich bemerkbar werde. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, zum Druckschriftenvertheilen gehöre auch das Tragen der Schriften von Haus zu Haus, und daß sie doch öffentlich bemerkbar. Ein Geräusch sei nicht erforderlich. Der Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision der Staats-

anwaltschaft zurück. Sie scheiterte an der Feststellung des Vorderriechens, wonach die Schriften nur im Innern der Häuser vertheilt worden seien und wonach diese Arbeit nicht öffentlich bemerkbar gewesen sei. Was das Tragen der Heste von Haus zu Haus betreffe, so könne man dies ebensowenig eine öffentlich bemerkbare Arbeit nennen, wie wenn jemand ein Paket durch die Straßen trage.

Das neueste aus der bürgerlichen Rechtsprechung gegen sozialdemokratische Arbeiter. Eine eigenartige Auslegung erfuhr der Begriff der öffentlichen Kollekte in der gestrigen Sitzung der dritten Strafkammer des Landgerichts II. Auf der Anklagebank stand der Maurer Mehlis, der Zigarrenmacher Pieper und der Tischler Trompeter, sämtlich aus Spandau. Dieselben waren angeklagt wegen Uebertretung der Ausrüstungs-Verordnung vom 3. August 1892 betreffend die Veranstaltung öffentlicher Kollekten, waren aber vom Schöffengericht in Spandau freigesprochen worden, welches Urtheil der Staatsanwalt durch die Berufung angefochten hatte. Am 11. Dezember v. J. fand in der Bicheldorfer Brauerei eine öffentliche Versammlung der Arbeiter Spandaus statt, welche von den drei Angeklagten einberufen war und geleitet wurde. Zweck der Versammlung war die Unterstützung der streikenden Hamburger Hafenarbeiter. Zur Deckung der Kosten wurde ein Eintrittsgeld erhoben. Das einleitende Referat hielt unser Parteigenosse Mehnert. Im Laufe der Verhandlungen machte ein Redner den Vorschlag, das Eintrittsgeld den Hafenarbeitern zu überweisen. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben und ausgeführt. In diesem Zusammenhange fand das Schöffengericht keinen ausreichenden Beweis, daß die Einberufer schon von vornherein die Absicht gehabt hätten, das Eintrittsgeld den Hafenarbeitern zu überweisen und damit die Form der Kollekte zu verfehlern. Auf die Berufung des Staatsanwalts fand gestern vor der Strafkammer eine erneute Beweisaufnahme statt, welche zu derselben Feststellung führte, wie in der ersten Instanz, aber doch ein ganz anderes Urtheil zur Folge hatte. Der Gerichtshof war der Ansicht, es sei gerichtsnotorisch, daß zu jener Zeit zahllose Versammlungen zu dem Zwecke abgehalten wurden, die Hamburger Hafenarbeiter zu unterstützen. Denselben Zweck sollte auch die Versammlung vom 11. Dezember vorigen Jahres haben. Eine Kollekte konnte nicht veranstaltet werden, weil dies damals strafbar war. Es sei daher

nicht daran zu zweifeln, daß ein Eintrittsgeld nur zum Schein erhoben wurde, daß es sich in Wirklichkeit aber um eine Kollekte handelte, und da zu dieser die obrigkeitliche Genehmigung nicht eingeholt worden war, so haben sich die Angeklagten strafbar gemacht. Die Strafe sei auf je 5 M. bzw. je einen Tag Haft bemessen worden. Alles von Rechts wegen!

Wegen eines Vergehens gegen § 28 des Reichspressgesetzes hatte sich gestern der Buchdruckerbesitzer und Buchhändler Eugen Bartels aus Neu-Weißensee vor der II. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der Angeklagte verlegt eine Menge von Schriften, die sich einem gewissen Publikum durch schreiende Titel empfehlen, daneben auch Kraumbücher, Viezteller für Liebende, das 10. Buch Moß, und endlich auch ein Werk, das unter einer Menge von Titeln erscheint, obwohl der Text genau derselbe und nur die Ausstattung mit Bildern eine wenig von einander abweichende ist. Die Titel sind „Das Menschensystem“, „Liebes- und Geschlechtsleben“, „Der erste Blick“, „Das Paradies der Liebe und Ehe“, „Mann, Frau und Kind“ etc. Von diesem Sammelwerke, das als Verfasser den Namen Dr. Sternberg trug, wurden im Dezember 1895 bei der Witwe des Buchhändlers Hermann Joseph Zepp in Koblenz 59 Exemplare beschlagnahmt. Im Januar 1896 beauftragte das Amtsgericht in Koblenz die Beschlagnahme und im April sprach das Gericht wegen des unächtlichen Zubehörs des Werkes die Einziehung und Vernichtung sämtlicher vorfindlichen Exemplare aus. Obwohl dem Verleger von dieser Beschlagnahme Kenntniß geworden war, hat derselbe im April, Juli und September noch je einige Hundert Exemplare der beschlagnahmten Broschüre an den Buchhändler Köpberg in Dresden geschickt und sich dadurch nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Verbreitung einer beschlagnahmten Schrift schuldig gemacht. Durch die Beweisaufnahme wurde der Inhalt der Anklage bestätigt, auch die Kenntniß der Beschlagnahme wurde dem Angeklagten nachgewiesen. Deshalb der Staatsanwalt 50 M. Geldstrafe in Antrag brachte. Der Verteidiger wies nach, daß das infamirte Werk von vielen anderen Gerichten auch beschlagnahmt, in der Hauptverhandlung jedoch wieder freigegeben worden sei. Alle die freisprechenden Urtheile seien rechtskräftig geworden. Es wurde auf 20 Mark Geldstrafe erkannt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Sonntags, den 12. Juni.  
Neues kgl. Operntheater (Kroß), Garnison.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.  
Thalia. Rothe Felle.  
Westen. Das Glöckchen des Erzmiten.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.  
Velle-Alliance. Konstantinopel.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
Deutsches. Die verurtheilte Glode.  
Berliner. Die Maschinenbauer.  
Festung. Die Weisheit.  
Sänger. Das Stiftungsfest.  
Neues. Trübsal.<